

(Beginn: 10.00 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 7. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland hier in Köln.

Ich freue mich ganz besonders, dass wir einen Gast aus dem westfälischen, nördlich von uns gelegenen Landen haben. Ich freue mich sehr, Landesdirektor Wolfgang Schäfer zu begrüßen.

(Beifall)

Wolfgang, ich habe dir schon rheinisches Asyl angeboten, vielleicht nicht hier oben, aber du kannst gerne darauf zurückkommen.

Ferner begrüße ich die Vertreter der Presse.

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 7. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 17. März 2006 eingeladen.

Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 11 vom 22. März 2006 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Als Beisitzer möchte ich Herrn Stefan Haupt und Herrn Lorenz Bahr für die Dauer der Tagung nach vorne bitten.

(Die Beisitzer begeben sich aufs Podium und nehmen an der Seite des Vorsitzenden, Dr. Wilhelm, Platz)

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann ist sie so akzeptiert.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

ist nicht erforderlich, weil es keine neuen Mitglieder gibt.

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 12/122 der CDU-Fraktion

– Antrag Nr. 12/119 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Weitere Anträge auf Umbesetzungen sind nicht eingegangen.

Kann ich von Ihrer Zustimmung ausgehen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann ist das so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4:

Resolution zum Entwurf des NRW-Landeshaushaltes 2006 im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

– Vorlage Nr. 12/1312 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 29. März 2006 die Angelegenheit beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 12/1312 zu beschließen. Wir haben dennoch verabredet, dass dazu das Wort genommen werden kann. Der Antragsteller wird vertreten durch den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses. Ich darf deshalb Herrn Dr. Rolle zunächst das Wort erteilen. Anschließend haben die anderen Fraktionen die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen.

Dr. Rolle (SPD): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Auslöser für diese Resolution war die von mir einberufene rheinische Jugendhilfekonferenz am 14. Februar 2006 mit Gästen auch aus Westfalen – die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Westfalen und der entsprechende Landesrat waren anwesend –. Es waren mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den rheinischen Kommunen, die dort die gravierenden Auswirkungen der geplanten Landeshaushaltskürzung im Bereich Kinder, Jugend und Familie diskutierten.

Besonders betroffen und erregt äußerte sich der Vertreter der zurzeit laufenden Volksinitiative dahin gehend, dass er es sich nicht im Traum hätte vorstellen können, vor einem Jahr, als er an der Spitze der damaligen Volksinitiative zum gleichen Thema stand, und zwar gemeinsam mit den da-

maligen Oppositionsführern aus CDU und FDP, dass er jetzt, ein Jahr später, wieder eine Initiative anführe und das gegen diejenigen, die ihn damals so lautstark unterstützt haben. Seine Frage, was dies mit glaubwürdiger Politik zu tun habe, blieb unbeantwortet, auch von den anwesenden Landtagsabgeordneten aus CDU und FDP.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Landesjugendhilfeausschuss haben wir uns über alle Parteien hinweg immer auch kritisch mit der alten Landesregierung auseinander gesetzt. Insofern war es nur konsequent und glaubwürdig, dass ich die Tagesordnung des Landesjugendhilfeausschusses um dieses Thema erweitert habe. In vielen Initiativen, in vielen Rathäusern protestiert die kommunale Familie gegen die vorgesehenen Kürzungen im Bereich Kinder, Jugend und Familie. Wir sind das oberste kommunale Organ im Rheinland und sollten durch diese Resolution der kommunalen Familie und den Kindern und Jugendlichen beistehen. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort geht an Herrn Dünner.

Dünner (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit Jahren deutlich höhere Ausgaben als Einnahmen. Wenn die Landesregierung und die sie tragende Mehrheit nun Einschnitte in ihren Ausgaben vornehmen, um die Landesfinanzen in den Griff zu bekommen, dann ist dies zwar im Einzelfall schmerzlich, aber vom Prinzip her richtig, denn auf Dauer kann nur das Geld ausgegeben werden, was auch wirklich da ist.

Nun zum Inhalt der Resolution: In der Resolution wird unter anderem die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gefordert. Das Konnexitätsprinzip fordert ja, dass bei Übertragung der Aufgaben auch die auskömmliche Finanzierung gesichert ist. Das bedeutet natürlich im Umkehrschluss die Verpflichtung, bei Mittelkürzungen zu benennen, welche Leistungsabsenkungen damit einhergehen sollen bzw. wer denn sonst die ausfallenden Mittel bezahlen soll. Im vorliegenden Fall ist die

Landesregierung den gleichen Weg gegangen, den auch ihre Vorgängerregierungen gegangen sind, und hat die Entscheidung, welche Leistungskürzungen vorzunehmen sind bzw. wer die Mehrkosten zu tragen hat, zwar aufgezeigt, die letzte Entscheidung aber großzügig den Kommunen überlassen.

Die Übertragung der Elternbeitragsbemessung auf die Kommunen mit dem Ziel einer summarischen Erhöhung des Beitragsaufkommens – das ist es ja letztlich –, passt nur schwer in die derzeitige Diskussion um eine mögliche Beitragsfreiheit der Kindergartenplätze in der Zukunft.

(Zustimmung Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ohnehin ist der zeitliche Vorgriff der Bereiche Defizitausgleichsverfahren und Übertragung der Elternbeitragsbemessung auf die Kommunen für die Städte, Kreise und Gemeinden ein enormer Mehraufwand vor dem Hintergrund, dass die Kindergartenfinanzierung in Kürze einen Systemwechsel auf die individuelle Pro-Kopf-Förderung erfahren soll, wie man gehört hat.

Nun noch etwas zum Werdegang der Resolution: Die Beratungen am Rande des Landesjugendhilfeausschusses waren ausgesprochen sachlich. Die Mehrheitsfraktionen in diesem Hause haben in Kenntnis der Spagatsituation, in der sich neuerdings die CDU und auch die FDP befinden, mit uns zusammen Formulierungen gefunden, die uns eine Zustimmung nicht nur möglich machen, sondern die wir auch offensiv unserer Landtagsfraktion gegenüber vertreten können.

(Beifall bei CDU, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Anzeichen, dass der Entscheidungsprozess in Düsseldorf möglicherweise noch nicht ganz abgeschlossen ist. Daher soll diese Resolution einen konstruktiven Beitrag leisten, zu verträglicheren Lösungen zu kommen.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Peil, bitte.

Peil (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal meiner Freude Ausdruck geben, dass es heute möglich ist, diese Resolution in großer Einmütigkeit zu verabschieden. Ich denke, das stärkt uns als Landschaftsverband, aber auch die Verbundenheit zu unseren Mitglieds-körperschaften, die ja in besonderer Weise unter diesem Haushaltsplanentwurf, wenn er denn umgesetzt würde, leiden würden.

Sie gestatten, dass ich mit einem Zitat beginne, das vielen von Ihnen vielleicht bekannt ist:

„Wir werden die Förderungs- und Arbeitsbedingungen in den Tageseinrichtungen verbessern und die Tageseinrichtungen zu Familienzentren entwickeln.“

Das wünschen wir uns sicherlich alle; das steht auch so im Koalitionsvertrag der Landtagsmehrheit.

Die Wirklichkeit des vorgelegten Haushaltsentwurfs sieht allerdings so aus, dass Zweifel daran gerechtfertigt sind, dass diese Aussagen aus der gleichen Regierung kommen. Natürlich – das will ich an dieser Stelle auch sagen – ist es nicht so, dass nur gekürzt wird. Selbstverständlich ist es richtig, dass auch zusätzliche Mittel in der Bildung eingesetzt werden. Das traurige für uns aus der Jugendhilfe dabei ist, dass sich der Bildungsbegriff auf die Schule verengt und dass der Bildungsauftrag der Jugendhilfe überhaupt nicht gesehen wird, sondern – im Gegenteil – durch diese Politik eher beschränkt wird.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja auch nicht so, dass im Haushalt nur gekürzt wird. Ich weise darauf hin, dass z. B. der Straßenbau uneingeschränkt bleibt und dass in der Landwirtschaft sogar 17 Millionen € zuge-setzt werden. Das heißt, der Haushalt hat noch Gestaltungsmöglichkeiten. Wir alle hoffen, dass diese Gestaltungsmöglichkeiten – die Worte von Herrn Dünner lassen das erkennen – auch noch genutzt werden, denn glücklicherweise ist der Haushaltsentwurf noch nicht verabschiedet.

Für unseren Bereich heißt das, dass erkennbar ist, dass besonders in den Bereichen Kindergärten, Familienbildung, Jugendarbeit gekürzt werden soll und dass klare Versprechungen, die vor

den Wahlen und zum Teil noch danach abgegeben wurden, nicht eingehalten werden. Das bezieht sich besonders auf das Jugendfördergesetz.

Dieser Haushalt, wenn er so verabschiedet würde, hätte auf drei Feldern verheerende Auswirkungen, nämlich für die Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien, für die Kommunen, besonders für die Kommunen, die sowieso schon besondere Lasten tragen müssen und bei denen das Armutspotential ihrer Bürger besonders hoch ist, nämlich den HSK-Kommunen, aber auch für uns alle, die wir Politik machen. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Die Landesregierung propagiert Familienzentren als vernetzte Dienstleistungszentren für Bildungs- und weitere Jugendhilfeangebote. Das ist durchaus ein guter Gedanke, den wir Grünen zwar im Detail kritisieren, aber bei dem wir schon deshalb an der Weiterentwicklung interessiert sind, weil er unserem Konzept vom Haus des Kindes so verteufelt ähnlich sieht, übrigens nicht nur unserem Konzept, sondern auch einer einstimmigen Empfehlung des Landesjugendhilfeausschusses aus der letzten Legislaturperiode.

Im Mittelpunkt sollen die Kindergärten stehen und dann erleben wir, dass dort die Mittel um etwa 180 Millionen € oder sogar mehr gekürzt werden sollen. Da fallen die Kürzungen für die Kooperationspartner der Familienzentren, also für die Familienbildungsstätten, im Umfang von 3 Millionen € fast gering aus, aber auch diese werden zu Beeinträchtigungen führen.

Auch für unsere Mitgliedskörperschaften bringt diese eher nicht kommunalfreundliche Politik erhebliche Probleme. Ich will das am Beispiel meiner Heimatstadt Köln kurz erläutern. Die geplanten Einsparungen beim Elternbeitragsausgleich im Kindergartenbereich betreffen Köln mit etwa 7,9 Millionen € pro Jahr. Statt der angestrebten Quote von 19 % Kostenbeteiligung der Eltern im Kita-Bereich, erreicht Köln nur 11 %, natürlich nicht deshalb, weil die Verwaltung unfähig wäre, die Beiträge einzuziehen, sondern weil Köln eine Stadt mit überproportional vielen Bürgern ist, die auf Lohnersatzleistungen angewiesen sind und von daher von diesen nicht der volle oder gar kein Beitrag erwartet werden kann. Das ist eine Folge der materiellen Armut der Menschen. Hinzu kommt in Köln ein Problem, das eigentlich ein Segen ist. Es werden in Köln wieder mehr Kinder

geboren. Köln wächst noch, wenn auch gering. Genau dieses eigentlich positive Ereignis vergrößert das Problem im Lichte dieser Politik.

Im Bereich der Konsolidierungsbeiträge, die auf die Träger zukommen, ob öffentlich oder frei, ist Köln auch noch einmal mit 4,5 Millionen € dabei. Das bedeuten 13 Millionen €, und ich denke, in den Ruhrgebietskommunen sieht es bezüglich der Wirkungen ähnlich aus.

Ich finde, dass wir alle durch eine solche Politik ein Stückweit geschädigt werden. Wir alle, die wir hier sitzen, machen ehrenamtlich Politik. Wir setzen uns mehr oder weniger und die meisten sehr engagiert für das Allgemeinwohl ein und erleben auf der Straße, dass Politik immer unglaubwürdiger wird. Egal über welche Farben wir reden, die Menschen glauben uns nicht mehr. Wenn wir heute erleben, dass klare Wahlversprechen in dieser Weise gebrochen werden, dann ist nicht nur die bestehende Regierung beschädigt, sondern wir alle. Das muss ein wichtiger Grund sein, heute noch einmal mit Entschiedenheit dafür einzutreten, dass die Regierung noch einmal darüber nachdenkt, ob das auch wirklich alles so beabsichtigt ist.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass die Resolution Erfolg hat, dass die Regierung bildungsfähig ist, dass der Landtag eine andere Entscheidung trifft und dass damit nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch unsere Mitgliedskörperschaften einen besseren Start ins nächste Jahr haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
SPD, FDP und CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Vogel.

Frau Vogel (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die beabsichtigten Kürzungen im Landeshaushalt im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe beweisen, dass viele unserer Politiker noch nicht begriffen haben, welchen Stellenwert im Bereich Bildung und Erziehung außerhalb der Schule die Jugendhilfe hat. Sollten diese beabsichtigten Kürzungen so durchkommen, dann würden irreparable Schäden entstehen, die hinterher für die Gesellschaft, für uns alle sehr teuer werden könnten. Daher hoffen wir,

dass die Regierung bzw. die Landtagsabgeordneten noch einmal nachdenken und korrigieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
SPD, FDP und CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Busche.

Busche (Die Linke.PDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben in ihren Reden viel Richtiges gesagt. Sie haben zum Teil die Auswirkungen der Kürzungen im Landeshaushalt anschaulich dargestellt. Die Linke.PDS im Landschaftsverband schließt sich dem Protest und den Sorgen um die Bildungs- und Förderarbeit an. Darum wenige Minuten für den langen Kampf um den Rest von sozialer Gerechtigkeit in unserem Land.

2006 ist das Jahr des Kindes. Ich nenne einige Zitate:

„Wir wollen aus Nordrhein-Westfalen das kinder- und familienfreundlichste Bundesland machen.“

„Wir investieren in Köpfe und Kinder.“

„Es reicht nicht, Kinder und Familien nur in Reden als die Zukunft der Gesellschaft herauszustellen, es muss dann auch mehr und verlässlich investiert werden.“

Alle Zitate stammen von Jürgen Rüttgers. Sie klingen angesichts der jetzt zur Debatte stehenden Kürzungssorgie wie Hohn.

„Wir kürzen nicht, wir machen die Erhöhungen wieder rückgängig“,

erklärte dazu eine Sprecherin von CDU-Finanzminister Helmut Linssen. Es sind ja nicht nur die finanziellen Auswirkungen der Haushaltskürzungen, es ist vor allem der Opportunismus und die Geisteshaltung, die aus einer solchen Kahlschlagspolitik sprechen, eine Geisteshaltung, die den sozialen Bereich ausschließlich als Kostenfaktor begreift, wo man immer zuerst meint, das Messer zu finanziellen Einschnitten ansetzen zu müssen, anstatt den sozialen Bereich als das zu sehen, was er tatsächlich ist, als

einen sehr wesentlichen Bereich, der in den letzten Jahren wie kein anderer Arbeitsplätze geschaffen und zum Bruttosozialprodukt in unserem Land beigetragen hat.

Die Landesregierung betont, dass sie im Schulbereich viele neue durchgreifende Veränderungen vornimmt und in diesem Bereich vergleichsweise wenig zusammenstreicht. Dabei verschweigt sie: Eine Schwächung der Jugendhilfe hat massive Auswirkungen auf den schulischen Bereich. Die Angebote der Jugendhilfe, z. B. Erziehungsberatung und Hort, sind ein elementarer Baustein zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Familien. Angebote wie die offene Ganztagschule können ihren Wegfall nicht auffangen. Das heißt im Klartext: Durch die genannten Kürzungen wird sich die Perspektivlosigkeit bestimmter Gruppen von Jugendlichen verstärken. Besonders betroffen werden Schulen in sozialen Brennpunkten sein, die stark auf eine Kooperation mit außerschulischen Partner angewiesen sind.

Erziehungsberatungsstellen und Angebote der Schulen, die schon jetzt in nicht ausreichendem Maße vorhanden sind, bringen hier zumindest eine Teilentlastung und müssen geschützt werden.

Die Zusammenarbeit mit Schulen und die Unterstützung durch die Jugendhilfe sind unverzichtbar. Wenn diese Unterstützung ausbleibt, werden sich die Probleme der betroffenen Jugendlichen und Familien verstärken und an den Schulen niederschlagen, und zwar in Form von Schulverweigerung, vermehrte Aggression und Störungen des Unterrichts. Aber hier weiß ja ein Politiker wie Jörg Schönbohm Abhilfe zu leisten. Er fordert elektronische Fußfesseln für Schulschwänzer. Ich sage Ihnen: Der Mann ist nicht bei Trost.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Doch es ist dringend geboten, der Phantasie eines solchen Politikers zum Schutz von Jugend und Schule deutlich Einhalt zu gebieten. Ich glaube, wir können mit unserer Resolution dazu beitragen. Statt über das Problem zu lamentieren, dass es viele Schulschwänzer gibt, wäre es effektiver, den Ursachen nachzugehen, rechtzeitig entgegenzusteuern. Eine enge Kooperation von Schule, Elternhaus und Erziehungsberatung ist nötig. Oft liegen familiäre Probleme zugrunde.

Die Schüler suchen andere Bezugspunkte und Orientierungen. Das alles ist nicht neu, aber trotzdem verhält sich die verantwortliche Politik kontraproduktiv, indem sie bei den Anlaufstellen, z. B. der Erziehungshilfe, eifrig kürzt.

Ohne diese wird sich die Zahl der Schulverweigerer noch erhöhen, weil sie mit ihren Problemen alleine gelassen werden. Der Grund für das Schwänzen wird schon früh gelegt, wenn Kinder sich selbst überlassen bleiben, weil die Eltern überfordert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Resolution leisten wir einen kleinen Beitrag gegen den Frontalangriff der Landesregierung auf unsere Kinder und Jugendlichen. Mit der Resolution leisten wir berechnete Gegenwehr und reihen uns ein in die Abwehrfront vieler Kommunen. Wenn wir unsere Kinder schützen wollen, dann stimmen wir der Resolution zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Schittges, bitte schön.

Schittges (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach der letzten Wortmeldung ist es nicht mehr ganz meine Resolution. Ich will offen und klar gestehen, dass ich gestern noch dahinter stand. Aber dieser Frontalangriff gegen die Landesregierung ist nach meinem Verständnis haltlos und nicht zu verantworten. Jeder weiß, welche Hinterlassenschaft – ich habe ja im Finanzausschuss kleine Andeutungen in diese Richtung gemacht; ich will es deshalb nicht vertiefen – vorgefunden worden ist; Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass dieses Thema für meine Kollegen und mich, die wir in der Landtagsfraktion sind, noch verhandelbar ist. Es gibt einige Punkte, die auch mich berühren. Ich kann beispielsweise – ich sage das ganz offen; das hat nichts mit der Resolution zu tun – nicht mit der Tatsache leben, dass wir 3 Millionen € bei den Frauenhäusern reduzieren. Wer die Situation dort einmal erlebt hat, der weiß, dass die Lage in den Frauenhäusern unverantwortlich ist. Aber das ist Tatbestand unserer Familien, meine Damen und Herren. Ewig und drei Tage sind Berater unterwegs, die diese Verhältnisse nicht verändern können. Ich sage das ganz bewusst und

habe das auch gestern im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags gesagt. Es ist eine Lage, von der man weiß, dass sie so nicht geschaffen worden ist. Wir müssen wissen, dass wir durch die Nichtveränderung der Finanzlage die jungen Generationen ausplündern. Wer heute aufmerksam verfolgt, was wir jungen Generationen mit einer unveränderten Finanzlage hinterlassen, der weiß, welche Schwierigkeiten wir haben. Ich unterstütze nach wie vor diese Resolution, weil ich glaube, dass sie verhandelbar ist. In einigen Ansätzen bin ich allerdings der Auffassung, dass die Finanzlage des Landes Veränderungen nach sich ziehen muss und neue Schwerpunkte insbesondere bei der vorschulischen, schulischen Ausbildung geschaffen werden müssen. Das muss einmal gesagt werden.

Von daher sind Allgemeinplätze, die gerade geäußert worden sind, vielleicht nahe an der Volksinitiative, aber nicht mein Thema. Ich halte es für sehr gut – das will ich offen sagen –, wenn die politischen Gremien in dieser Runde eine solche Resolution verabschieden, weil ich mich inhaltlich in den größten Ansätzen mit dieser Resolution identifiziere. Ich werde versuchen, auf der Basis dieser Resolution ein wenig mit zu bewegen. In diesem Sinne bitte ich meine Wortmeldung zu verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Vorlage Nr. 12/1312 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung (CDU). Damit ist das einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Vermögens- und Schuldenübersicht zum 01.01.2006 für die auf das System der doppelten Buchführung umgestellten Aufgabenbereiche

– Vorlage Nr. 12/1295 –

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir die Vorlage, wenn ich

nichts Gegenteiliges sehe, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 6:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit Haushaltsplan und Anlagen

Zunächst Tagesordnungspunkt 6.1:

Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2006 sowie Investitionsprogramm 2005-2009

– Vorlage Nr. 12/1309 –

Beratungsgrundlage bilden die Vorlage 12/1309 und das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 29. März 2006.

Ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor: Wir hören als erstes traditionell die Statements der Fraktionen zum Haushalt. Dann lasse ich über die Anträge abstimmen, aber nur über die Anträge, die nicht Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung im Landschaftsausschuss waren, wenn es die denn gibt; einer ist mittlerweile schriftlich eingereicht. Danach werde ich über den so genannten Eckpunktebeschluss abstimmen lassen und dann eine Gesamtabstimmung über den Haushalt durchführen, der dann auch die Wirtschaftspläne usw. umfasst. Ich sehe keinen Widerspruch zu diesem Verfahrensvorschlag.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Heidrich.

Heidrich (CDU): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsplanung findet immer in einer bestimmten Situation und Konstellation statt. In ihr verwirklichen sich politische Ziele und Akzente, in ihr spiegeln sich aber gleichzeitig auch Vorgaben, Zwänge und Strukturen eigener und vor allem aber übergeordneter Ebenen. Einige davon möchte ich hier ansprechen und auch ein paar grundsätzliche Bemerkungen damit verbinden.

Haushaltsberatungen werden geprägt durch Rückblick auf das Vergangene, durch Betrachten des Gegenwärtigen und durch Ausblick auf das Zukünftige. Dabei stehen die Zahlen nicht allein im Mittelpunkt des Geschehens. Vielmehr ist dies auch der Zeitpunkt der politischen Bewertung.

Vom ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, stammt der geflügelte Ausspruch: „Die Lage war noch nie so ernst.“ Dieser Ausspruch gilt zurzeit zum Beispiel für unsere Sozialsysteme, die einer verheerenden demographischen Entwicklung entgegenstehen. Der massive Geburtenrückgang und die immer weiter gestiegene Lebenserwartung haben dazu geführt, dass die Bevölkerungspyramide in Deutschland von der Basis her geschrumpft ist. Die Bevölkerungsentwicklung wird sich gravierend auf die Systeme der sozialen Sicherung und die Wachstumsdynamik unserer Wirtschaft und damit auch auf den Landschaftsverband auswirken.

Das Haushaltsvolumen des Verwaltungshaushaltes des LVR in Höhe von knapp 2,7 Milliarden € wird nachhaltig durch den Sozialhilfeetat in Höhe von 1,85 Milliarden € beeinflusst, der somit immerhin 68,7 % des Ausgabevolumens darstellt.

Insgesamt wird der Landschaftsverband zusätzlich rund 16,3 Millionen € aus Umlagemitteln aufbringen müssen, um die Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers erfüllen zu können. Trotzdem wollen wir die Umlage um 0,2 Prozentpunkte senken. Das ist eine Aussage, mit der sich SPD, Grüne und FDP im vorigen Jahr in der Presse hervorgetan haben. Ich kann nur sagen: Sie schmücken sich da mit fremden Federn. Ich frage Sie nämlich, warum Sie erst jetzt damit kommen. Die CDU-Fraktion wollte schon für den Haushalt 2005 eine Senkung der Umlage um 0,3 Prozentpunkte. Diesem Vorschlag haben Sie sich jedoch damals hartnäckig verweigert.

Fehlende Deckungsvorschläge und finanzpolitische Unseriosität wurden uns von Ihnen vorgeworfen. Dies geschah zu Unrecht, wie der voraussichtliche Jahresabschluss 2005 mit einem Überschuss von ca. 99 Millionen € zeigt. Unsere Mitgliedskörperschaften mussten die im Jahre 2005 überhöht eingeforderte Umlage überwiegend mit Kassenkrediten finanzieren. Dies, meine Damen und Herren, war unseriöse Politik, nicht unser Antrag auf Senkung des Umlagebesatzes!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Haushaltsplanung bei einem umlagefinanzierten Verband bedeutet verantwortungsvolles Handeln auch mit Blick auf die Stabilität des Umlagesatzes. Dies wird mit dem

vorliegenden Entwurf der Verwaltung erreicht, auch wenn das sich abzeichnende Ergebnis 2005 die von uns geforderte Umlagesatzsenkung in 2005 um 0,3 Prozentpunkte ermöglicht hätte. Insoweit begrüßen wir die Senkung um 0,2 Prozentpunkte.

Ich verzichte bewusst darauf, sie mit Zahlenkolonnen zu langweilen. Sie sind von der Verwaltung grafisch aufgearbeitet worden und zum Studieren gut geeignet.

Meine Damen und Herren, vor uns liegen sicherlich bedeutsame Zeiten und Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Erneut steht der LVR in Verbindung mit der von der neuen Landesregierung beabsichtigten Verwaltungsstrukturreform auf dem Prüfstand. Wir bieten Ihnen hier, meine Damen und Herren von der Ampel, unsere Zusammenarbeit bei der Verwaltungsreform an, eine Verwaltungsreform, die sich im Ergebnis daran messen lassen muss, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Die kommunale Selbstverwaltung ist in vielen Bereichen wegen ihrer bürgerschaftlichen Nähe und Kontrollmöglichkeit der staatlichen Verwaltung überlegen. Dabei vorausgehen muss eine faire und ergebnisoffene Aufgabenkritik.

Wir begrüßen die Initiative des Landesdirektors, eine Lösung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu suchen.

Verwaltungsreform bedeutet aber auch nicht, einzelne Aufgabenfelder als Morgengabe auf dem Tablett unseren Gegnern zu präsentieren. Wir haben das Landesjugendamt nicht aufgegeben. Aber wir müssen uns mit den Argumenten unserer Kritiker auseinander setzen. Das Sammeln von Pro und Kontra bedeutet doch nicht automatisch die Aufgabe bestimmter Positionen. Wer hier überstürzt und allergisch reagiert, hat ein sehr schwaches Nervenkostüm.

Verwaltungsreform bedeutet einen Ausbau unserer Kapazitäten im Schulbereich. Die Fallzahlentwicklung im Kindergartenbereich für behinderte Kinder und im Schulbereich – eben anders als bei nicht behinderten Kindern – sprechen eine eindeutige Sprache. Der von der CDU-Fraktion eingebrachte, in der letzten Wahlperiode durchgesetzte und von der Verwaltung begonnene Ausbau muss konsequent weitergeführt werden.

Verwaltungsreform bedeutet einen starken Verbund unserer Kliniken mit einem konsequenten Ausbau als Gesundheitszentren mit stationären und ambulanten Angeboten; ein Rechtsformwechsel allein löst die anstehenden Probleme nicht.

Bei allem Verständnis für die finanzielle Lage des Landes nach 39 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft: Eine pauschale Kürzung der Landeserstattungen im forensischen Bereich lehnen wir ab, weil dadurch Sicherheit nicht mehr gegeben und Therapie nicht mehr möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Verwaltungsreform bedeutet einen starken Verbund unserer heilpädagogischen Angebote mit nachhaltiger Integration in das Gemeindeleben.

Verwaltungsreform bedeutet Behindertenhilfe in einer Hand beim Landschaftsverband Rheinland. Die jüngsten Erfolge beim ambulant betreuten Wohnen einerseits, aber auch die negativen Folgen der Herabzonung in Baden-Württemberg andererseits zeigen, dass wir auf dem richtigen Wege sind.

Nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Verwaltungsreform haben wir uns trotz unserer Probleme mit der Ampelkoalition engagiert in die Formulierung der Eckpunkte zum Haushalt 2006 eingebracht, denn wenn wir uns im Grundsätzlichen, im Existenziellen nicht einig zeigen, dann werden wir bei den anstehenden Reformen nicht stattfinden.

Wir tun dies auch auf der nachweisbaren und sicheren Grundlage, dass unser Landschaftsverband gut aufgestellt ist, seine Leistungsfähigkeit kontinuierlich unter Beweis gestellt hat und bei uns Lebensqualität für die Menschen garantiert.

Der Landschaftsverband steht für regionale, überregionale und europäische Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Kultur und Soziales. Der Tag der Behinderten im Archäologischen Park Xanten steht dafür, dass diese beiden Bereiche näher zusammen liegen, als das auf den ersten Blick erkennbar ist.

Sich den Schwachen, den Behinderten, den Pflegebedürftigen anzunehmen, ist eine zutiefst menschliche, also kulturelle Aufgabe, also christliche Verpflichtung. Hier hat unser Landschaftsverband eine vorzeigbare Struktur aufgebaut mit

einer Leistungsbilanz, die sich sehen lassen kann und die sich am Menschen orientiert. Es gibt Aufgaben, die nur regional, gemeinschaftlich, kompetent und wirtschaftlich wahrgenommen werden können.

Unsere Krankenhäuser, unsere Heime stehen dafür nicht zentral, sondern an verschiedenen Standorten und gut erreichbar im Rheinland. Viele Menschen mit ihren Familien verdanken diesen Einrichtungen eine Lebensperspektive in Würde und eine Entlastung. Das alles hat sich bewährt, das alles hat seinen Platz.

Wir dürfen und wir wollen in der politischen Diskussion unsere kulturellen Dienststellen und Einrichtungen nicht verstecken. Es ist nicht zu vertreten, dass z. B. unsere Museen auf der Internationalen Tourismusmesse in Berlin nicht zu sehen sind. Unsere Museen sind auch unter touristischen Gesichtspunkten Anziehungspunkte und für den Landschaftsverband überzeugende Aushängeschilder.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Das kostet Geld, das sich lohnt und wiederkommt. Deshalb sprechen wir uns für die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit aus. Das kann aber durchaus im angemessenen und vertretbaren Rahmen geschehen, ohne einen teuren eigenen Stand zu finanzieren. Unsere Mitgliedsstädte und Kreise sind in Berlin vertreten, so die Stadt Bonn, die auf ihrem Stand weder das große Rheinische Landesmuseum noch die bevorstehende Ausstellung „Roots“ zeigt und noch nicht einmal Prospektmaterial beithält.

Unser Rheinland ist eine der großen Kulturregionen Europas. Die Kulturregionen, das ist Programm für Europa, und dafür steht unser Landschaftsverband. Das „Rheinland und die Welt“, das zeigen u. a. das Rheinische Landesmuseum und das Museum Kommern – vom Neandertaler bis in die Moderne, von der Industrialisierung bis zur „Schönen Neuen Welt“. Das Rheinische Industriemuseum setzt Zeichen und schafft Kooperation in Europa.

Xanten ist einzigartig und von internationalem Rang. Wir haben uns hierzu kontinuierlich und verlässlich bekannt und entsprechende Beschlüsse herbeigeführt. Wir haben uns auch zu unseren christlichen Wurzeln bekannt und auf

die Kirchen und Klöster im Rheinland gezeigt. Hier sind wichtige historische Grundlagen für unsere Kultur, was gerade in unserer Zeit wieder deutlich wird.

(Beifall bei CDU und Dr. Rolle, SPD)

Auch unsere Kultureinrichtungen sind im Rheinland nahe bei unseren Mitgliedern.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns mit Nachdruck dafür ausgesprochen, bei den Eckpunkten der Kulturarbeit dem LVR die Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm zusteht.

Verwaltungsreform bedeutet aber auch einen Ausbau regionaler Kulturpflege. Die Streitereien um den Papsthügel sprechen eine andere Sprache.

Wenn uns schon Mitgliedskörperschaften darum bitten, weil sie ihre eigene Leistungskraft überfordert sehen – im Übrigen das zweite Hauptargument neben betriebswirtschaftlichen und ordnungspolitischen Argumenten für eine kommunale regionale Körperschaft –, sollten wir sie nicht so vor den Kopf stoßen, nur weil die Initiative von der CDU-Fraktion ausging.

Ihre inhaltliche Begründung der Ablehnung, meine Damen und Herren von der Mehrheit, können wir schon gar nicht nachvollziehen: Ich zitiere:

„Diese Beteiligung sei anderen Mitgliedskörperschaften nicht zu erklären.“

Das ist der blanke Hohn. Wie, meine Damen und Herren von der Ampel, erkläre ich dann meiner Stadt Mülheim oder der Stadt Duisburg das kulturelle Engagement des Landschaftsverbandes beispielsweise in Solingen?

Andere Projekte stehen vor der Tür: Zeche Zollverein, Max Ernst Museum oder Schloss Dyck. Wenn wir uns hier ähnlich verhalten, wird dies dem Landschaftsverband in den anstehenden Diskussionen nicht helfen, nein, es wird ihm schaden, wie Ihre Entscheidung zum Papsthügel dem LVR geschadet hat.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht eine Neuorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Ein wichtiges Ziel ist die Beseitigung von Überregulierung und unnötiger Bürokratie, die

sich in den Jahren von Rot-Grün in NRW sinnlos angesammelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Auch diese Überregulierung führte in den 39 Jahren der SPD-geführten Landesregierung zu einer Schuldenlast von 112 Milliarden €. Dieser Schuldenberg wird mit ca. 4,4 bis 4,6 Milliarden € Zinsen jährlich bedient und das bei dem derzeit niedrigen Zinssatz.

Der jetzigen Landesregierung geht es vor allem darum, die Neuverschuldung in Grenzen zu halten und insbesondere dazu beizutragen, dass von den nachfolgenden Generationen die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, auch noch geschultert werden können.

Einen verfassungsgemäßen Haushalt des Landes vorzulegen, muss das Ziel der Landesregierung sein. Dies ist auch für den LVR als Kommunalverband von großer Bedeutung, da nur dann mittelfristig wieder eine ausreichende Unterstützung durch das Land gesichert ist.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir allen Kürzungen des Landes zustimmen. Dass dies so ist, wurde vorhin bei unserer Zustimmung zur Resolution zum Entwurf des NRW-Landeshaushaltes 2006 im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe deutlich.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz noch auf für den LVR ebenso bedeutsame Themen einzugehen.

Stichwort: Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt.

Eine Harmonisierung der Leistungserträge muss – wie im GPA-Prüfungsbericht dargestellt – von der Verwaltung umgesetzt werden. Wir begrüßen an dieser Stelle ausdrücklich die durch den Landesdirektor erzielte Einigung mit der Freien Wohlfahrtspflege hinsichtlich einer Zielplanung bis 2008.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind dabei, den GPA-Bericht Punkt für Punkt zu bewerten. Dabei zeigt sich deutlich unsere schon früher geäußerte Kritik, dass nur Mengen- und Kostendaten miteinander verglichen werden. Aussagen über Leistungsdaten werden nicht gemacht. Man wirft uns indirekt vor, zu viel für

behinderte Menschen zu tun. Meine Damen und Herren, wer sagt uns eigentlich, ob nicht andere zu wenig tun?

(Beifall bei CDU und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten selbstbewusst zum Erreichten stehen. Auch das ist kommunale Selbstverwaltung.

Stichwort NKF:

Weitere Herausforderungen sind mit der Umstellung auf das kommunale Finanzmanagement verbunden. Insbesondere Abgrenzungs- und Bewertungsfragen sind nicht zum Nulltarif zu bekommen und belasten die Umlage.

Wir haben uns bei Fortbildungsveranstaltungen durch Mitarbeiter der Verwaltung davon überzeugen lassen, dass der Landschaftsverband hier gut gerüstet ist und hervorragend qualifizierte Mitarbeiter hat.

Wir haben zum Haushalt über die drei gemeinsamen Anträge hinaus keine weiteren Anträge gestellt, weil der Haushalt solide aufgestellt ist. Hier danken wir der Verwaltung, insbesondere Herrn Landesdirektor Udo Molsberger, dem Kämmerer und Ersten Landesrat Harry Voigtsberger, den weiteren Landesrätinnen und Landesräten mit der ausdrücklichen Bitte, diesen Dank auch an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auch wenn ich am Anfang meiner Rede Konrad Adenauer zitiert habe mit den Worten „Die Lage war noch nie so ernst“, so darf der Ernst der Lage uns nicht müde werden lassen, neue Wege zu suchen, zu beschreiten, um aufzuzeigen, dass der LVR als kompetenter Dienstleister in der Region des Rheinlandes unverzichtbar ist.

Meine Damen und Herren der Mehrheit, wir bieten Ihnen zum Wohle der uns anvertrauten Menschen eine partnerschaftliche und faire Zusammenarbeit an. Nehmen Sie sie an, denn so schaffen wir gemeinsam Qualität für Menschen weit über die Verwaltungsreform hinaus. Dass dies möglich ist, mögen Sie auch durch unsere an der Sache orientierten Zustimmung zum Haushaltsentwurf der Verwaltung erkennen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Dr. Rolle.

Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mich dem Haushaltsentwurf des LVR zuwende, gestatten sie mir noch einige grundsätzliche Anmerkungen zu dem derzeitigen neuen politischen Umfeld nach der Landtagswahl. Die neue Landesregierung beschert unserem Land und seinen Bürgern eine neue, schwer verdauliche Finanzentwicklung. Diese Betrachtung ist deshalb so wichtig, weil die bisher erkennbaren fiskalischen Arbeitsansätze, vor allem der CDU-Fraktion und des ihr angehörenden Finanzministers, nicht dazu geeignet sind, die Finanzsituation der Kommunen zu verbessern. Durch diese, im krassen Gegensatz zu den Wahlversprechungen des Herrn Rüttgers stehende Sparaktion oder Umverteilungsaktion zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, wird sich die Finanzsituation der Kommunen noch einmal dramatisch verschlechtern. Hier helfen auch nicht die Hinweise, dass dies eine von einer rot-grünen Landesregierung übernommene Erblast sei und dies nun endlich aufarbeitet werden müsse. Es dient nicht nur dazu, die eigenen gebrochenen Wahlversprechungen zu kaschieren, sondern die finanziellen Mittel knallhart umzuverteilen: So sollen es im von Herrn Rüttgers ausgerufenen „Jahr des Kindes 2006“ bei den

Kindertagesstätten

im Landesjugendplan

bei den Schülerfahrkosten

bei Übungsleiterpauschalen und Ehrenamt

und selbst bei der Schulmilchgewährung

rund 225 Millionen € eingespart werden.

Fazit: Das so genannte „Jahr des Kindes“ wird vermutlich zum „Jahr der armen Kinder“.

(Beifall bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Dies wird auch nicht ausgeglichen durch einen Zuwachs von ca. 15 Millionen € bei der Sprach-

förderung von Kindern, denn die geplanten Einschnitte ins soziale Netz, von dem ja auch Kinder betroffen sind, gehen munter weiter. So sind weitere Kürzungen geplant bei

Familienbildung und -beratung,

der Integration von Behinderten,

Frauenhäusern und Schutzstellen gegen Gewalt gegen Frauen

von ca. 25 Millionen €, um nur einige zu nennen.

Andererseits sollen zusätzlich gefördert werden die

Kirchen,

Landwirtschaftskammern,

der Flughafen Münster/Osnabrück

und wieder neu die Reiterstaffeln der Polizei mit zusammen über 30 Millionen €, wobei den etwas zaghaft entschuldigenden Hinweis „Die Pferde der Reiterstaffel seien ja nur geleast!“ sich diese Landesregierung wohl selber ins Stammbuch schreiben sollte, denn auch diese Landesregierung ist, wie alle andere, nur eine Regierung auf Zeit.

(Beifall bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich jetzt auf den Haushaltsentwurf 2006 zu sprechen komme, so muss ich zunächst in Erinnerung rufen, dass die Ausgangslage bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs und bei der Feststellung des Umlagesatzes für das Jahr 2006 noch nie so schwierig war, weil die entscheidenden Informationen des Landes wie die Eckdaten zum GFG, der Gesetzentwurf des GFG im Wortlaut, eine Modellrechnung des LDS und die Orientierungsdaten für die zukünftigen Haushaltsjahre zum Zeitpunkt der verwaltungsinternen Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes nicht vorlagen. Sie lagen endgültig erst Anfang Februar vor. Das heißt, der am 20. Januar vom Kämmerer vorgetragene Haushaltsplanentwurf sah die neuen Eckdaten zum GFG noch nicht vor, sodass wir jetzt über den Veränderungsnachweis der Verwaltung die uns bekannten gravierenden Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen und bei den Einnahmen der Umlage veranschlagen müssen.

Allgemein ist festzustellen, dass das Land im Vergleich zum Vorjahr die Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen um 5,8 % für die kommunale Familie kürzt und die Investitionspauschale, die wir z. B. für die Eingliederungshilfe erhalten, sogar um 20,2 % zurückfährt.

Wie Sie wissen, trifft den LVR als Umlageverband eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen in doppelter Weise, weil damit nicht nur unsere originären Schlüsselzuweisungen weniger werden, sondern auch die in den Umlagegrundlagen enthaltenen Schlüsselzuweisungen unserer Mitglieds Körperschaften eine weitere Kürzung der Einnahmen zur Folge haben.

Durch die Kürzungen des Landes haben wir gegenüber dem gedruckten Haushaltsentwurf bei der Landschaftsumlage eine Gesamtverschlechterung von rund 52 Millionen €. Wenn man das in Umlagepunkten bewertet, so wäre hierdurch an sich eine Umlageerhöhung von 0,5 Prozentpunkten nötig, um den Haushalt wieder auszugleichen, weil rund 10 Millionen € 0,1 % Umlagepunkte ausmachen.

Frage: Wie ist es möglich, dass wir trotz dieses drastischen Einnahmerückgangs über das GFG 2006 noch einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf 2006 und eine Umlagesenkung von 0,2 Punkten verkraften können?

Hier möchte ich auf ein Verfahren hinweisen, das jetzt schon das zweite Mal hintereinander praktiziert wird, aber mit Sicherheit nicht jedes weitere Jahr so durchgeführt werden kann.

Allgemein formuliert kann ich das so ausdrücken, dass es nur durch Überschüsse aus Vorjahren möglich ist, das neu aufzustellende Haushaltswerk auszugleichen, und zwar in der Weise, dass wir diese Überschüsse als Einnahme zum Haushaltsausgleich einsetzen.

Eine Begründung für den Überschuss von 2005 war die vom Kämmerer verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre. Dafür möchte ich dem Kämmerer danken, der ja schon bei seiner Haushaltsrede im Januar sehr deutlich formuliert hat, dass eine solche Sperre keine Freude macht und man auch keine Freunde dadurch gewinnen kann.

Zum anderen haben auch die steuerliche Entwicklung und die dadurch verbesserten Umlage-

grundlagen zum besseren Rechnungsergebnis beigetragen. Auch die Auswirkungen in der Sozialhilfe in 2005 -Stichwort: verlangsamte Fallzahlentwicklung im Bereich der stationären Eingliederungshilfe – haben durch weniger Ausgaben geholfen. Hierauf gehe ich gleich noch kurz ein.

Ingesamt ist keine zufrieden stellende Entwicklung festzustellen, weil das immer voraussetzt, dass im Vorjahr ein genügender Überschuss erwirtschaftet werden konnte, den wir einsetzen können.

Doch nun zum Kernpunkt unserer Haushaltsberatungen. Erinnern Sie sich bitte an das „Dreieck des Erfolges“, welches der Kämmerer uns bei der Einbringung des Haushalts 2006 erläutert hat.

Neben der Deckung des Finanzbedarfs des LVR als einem Element sind als zwei weitere Elemente des Dreiecks einmal die Entlastung der Städte und Kreise und zweitens die Konsolidierung des LVR-Haushaltes als die obersten Ziele des Haushaltsentwurfs 2006 geschildert worden.

Die SPD-Fraktion spricht sich ausdrücklich für eine Konsolidierung des LVR-Haushaltes aus, um damit auch Städte und Kreise im Rheinland langfristig zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel dafür, wie ernst der Konsolidierungsprozess des Haushaltes genommen wird, ist, dass der LVR erstmals seit vielen Jahren in der Lage ist, einen Haushalt ohne Nettoverschuldung vorzulegen. Der vorliegende Haushalt sieht sogar eine Nettotilgung in Höhe von rund 9 Millionen € vor. Diese Trendwende begrüßen wir ausdrücklich und wir wollen die Verwaltung ausdrücklich darin unterstützen, in dieser Weise fortzufahren.

Genau aus diesem Grund ist der von der SPD-Fraktion angeregte und von allen Fraktionen mitgetragene Eckpunktebeschluss zum Haushalt 2006 als wesentlicher Bestandteil der Haushaltsberatungen und heutigen Haushaltsverabschiedung entstanden.

Unter dem Leitgedanken „Qualität für Menschen“ und „Sicherheit für unsere Kommunen“ setzen wir den Umlagehebesatz für 2006 auf 17,1 Punkte fest, d. h. Senkung um 0.2 Punkte, und schreiben dies als Obergrenze der künftigen Fi-

nanzplanungen bis 2009 fest. Im Ihnen allen vorliegenden Eckpunktebeschluss werden u. a. die Personalkosten auf der Basis 2006 festgeschrieben und Wege zur Entschuldung des LVR aufgezeigt. Damit wollen wir den Mitgliedskörperschaften Sicherheit für ihre Planungen geben.

Zum weiteren Erhalt der „Qualität für Menschen“ bekennen wir uns zum einen ausdrücklich zu unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung als große Ausbildungseinrichtung. Zum anderen haben wir als Fraktion bereits in der Vergangenheit Kreativität und Engagement entwickelt, um das Hilffssystem in der Sozialhilfe weiter zu entwickeln und die Autonomie der betroffenen Menschen zu stärken.

Damit komme ich vom hier nur kurz skizzierten Eckpunktepapier zum Thema Sozialhilfe.

Stichworte hier:

Erstens. Die drastische Fallzahlsteigungen der vergangenen Jahre für die „Betreuung in fremden Einrichtungen“ – Eingliederungshilfe – sind gestoppt. Die Verwaltung hat im Haushaltsentwurf 2006 als voraussichtliche Steigerung nur noch rund 1,3 Punkte ausgewiesen, d. h. zweitens, wir haben die Trendwende geschafft.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den weiteren Ausbau des betreuten Wohnens, der für den bereits erwähnten verlangsamten Fallzahlanstieg in der Eingliederungshilfe ursächlich ist, und ist ausdrücklich damit einverstanden, dass im Haushaltsplanentwurf 2006 dafür höhere Ansätze als im Vorjahr veranschlagt wurden.

Kreativität und Einsatz der SPD-Fraktion haben dazu beigetragen, dass der Vorrang der ambulanten Angebote und die Trendwende nur durch folgende Rahmenbedingungen erreicht werden konnten: konsequente Ausrichtung der Hilfen im Sinne eines personenzentrierten Ansatzes, Hilfeplanverfahren und Einrichtungen von Hilfeplankonferenzen vor Ort, Einrichtung und Finanzierung eines Netzes von inzwischen 64 Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen mit dem schönen Kürzel KoKoBe zur Beratung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen, das bereits seit Jahrzehnten bewährte Netz an sozialpsychiatrischen Diensten mit ihren Kontakt- und Beratungsstellen, bedarfsgerechter Ausbau des so genannten betreuten Wohnens auf der Basis von individuell bemessenen Fach-

leistungsstunden, Beschluss der Gestaltungsmehrheit über ein Anreizprogramm zum Abbau stationärer Plätze – dies ist in der Bundesrepublik einmalig und einzigartig; die bisherige Resonanz bestätigt dieses; an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass auch auf Seiten der Anbieter und ihrer Verbände ein Umdenken eingetreten ist, auch im Sinne und im Hinblick auf Kosteneffekte – und ein Beschluss über ein Anreizprogramm für Betroffene selbst zur Motivation, den Sprung vom Heim in die Selbständigkeit zu wagen – auch dieses Programm zeigt inzwischen erste Wirkungen –.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP)

All diese Komponenten waren die Voraussetzung, dass die Vorrangräumung für die ambulanten Angebote Wirkung zeigt.

Neben dem Effekt, dass die ambulante Form der Betreuung die menschenwürdigere Form im Gegensatz zur stationären Unterbringung ist, so hat das ja auch einen Konsolidierungseffekt für unseren Sozialhilfeeat, weil es die wesentlich preiswertere Betreuungsform ist.

Wir wollen und müssen die Attraktivität des ambulanten betreuten Wohnens weiter steigern, deswegen die von uns angeregten Anträge der Gestaltungsmehrheit zur „Modellförderung im Freizeitbereich“ und zum „Persönlichen Budget“.

Dass unser von allen Fraktionen hier getragenes, gemeinsam sehr erfolgreiches Handeln Früchte trägt, zeigt auch die so genannte „Rahmenzielvereinbarung zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände und den Landschaftsverbänden zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe unter fachlichen und finanziellen Aspekten“. Diese beabsichtigte Vereinbarung zwischen den Landschaftsverbänden und der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege ist als echter Durchbruch zu sehen.

Mit dem Abbau von 5 % netto der am 31. Dezember 2005 vorhandenen stationären Plätze in Wohneinrichtungen ist es erstmalig in Deutschland gelungen, dass das Ziel „Ambulant vor stationär“ partnerschaftlich zwischen Kostenträger und Einrichtungsträger erfolgsorientiert und verbindlich angegangen wird.

Dabei hat das Anreizprogramm der Gestaltungsmehrheit sehr hilfreich gewirkt, und wir werden weiterhin die Umsetzung der Vereinbarung in den nächsten drei Jahren in diese Richtung begleiten.

Von unserer Seite waren beteiligt Herr Landesdirektor Molsberger, Frau Hoffmann-Badache und Herr Voigtsberger. Allen Drei dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, FDP und CDU)

Unter Konsolidierung zähle ich auch, dass wir uns umstellen oder besser aufstellen müssen, wenn sich Bedingungen ändern oder Rahmenbedingungen immer schwieriger werden, die ein anderes Handeln verlangen.

Hier muss ich unsere Kliniken und die Vorlage Nr. 12/738 „Zukunftssicherung der Rhein. Kliniken“ ansprechen, die die Verwaltung im November letzten Jahres als Rahmenkonzeption vorgestellt hat. Unsere Kliniken sind ein Herzstück des Landschaftsverbandes Rheinland, für das wir uns als SPD-Fraktion besonders einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Damit die Kliniken auch in Zukunft ihre Aufgaben bewältigen können, müssen wir gemeinsam mit der Trägerverwaltung und den Betriebsleitungen alle Anstrengungen unternehmen, Kosten und Erlöse zu optimieren sowie die Struktur- und Prozessqualität zu verbessern. Wir sind entschieden gegen eine Privatisierung der Kliniken und der psychiatrischen Versorgung.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, FDP und CDU)

Im Interesse der Zukunftssicherung müssen wir aber die überkommenen Strukturen auf den Prüfstand stellen. Hierzu haben wir die notwendigen Aufträge an die Verwaltung erteilt. Auf der Basis externer Gutachten werden wir intensiv diskutieren, welche Lösungen für die Organisation der Kliniken zukünftig sinnvoll sind, und zwar unter Einbeziehung der Personalvertretungen. Zur Zukunftsfähigkeit der Kliniken gehört auch, dass die für den Betrieb und die Weiterentwicklung notwendigen Investitionen gesichert sind.

Der Bewilligungsstopp der Landesregierung für Investitionsvorhaben der Krankenhäuser zeigt,

dass die Landesregierung hier ihrer Aufgabe nicht gerecht wird.

Der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Herr Prof. Ingo Flenker, hat dies als „Tritt in die Kniekehlen“ der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser charakterisiert.

Auch der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Kramer, hat gefordert, den Bewilligungsstopp aufzuheben, da damit dringend notwendige Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen verhindert werden und den Krankenhäusern das notwendige Geld fehlt, um sich auf zentrale Herausforderungen der Zukunft, z. B. ambulante Öffnung der Krankenhäuser, integrierte Versorgungsformen, einzustellen.

Wir begrüßen es, dass sich der Landesdirektor gemeinsam mit seinem westfälischen Kollegen an den zuständigen Landesminister Laumann gewandt und ihn auf die Auswirkungen auf die psychiatrischen Kliniken hingewiesen hat.

Die Weiterentwicklung der wohnortnahen Versorgungsangebote für psychisch kranke Menschen z. B. in Form von dezentralen Tageskliniken ist ohne Investitionsmittel nicht zu finanzieren. Wir appellieren daher an die Landesregierung, sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Kliniken zurückzuziehen und das notwendige Geld für Investitionen bereitzustellen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Bei allen Konsolidierungsbemühungen müssen und wollen wir unsere Angebote in diesem Bereich unter dem Stichwort „Qualität für Menschen“ weiter ausbauen. Genau so sind auch die mit der Gestaltungsmehrheit eingebrachten Anträge „Weiterentwicklung der gerontopsychiatrischen Zentren“, „Ausbau von Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“ und „Einführung von Integrationsbeauftragten in den Kliniken“ zu verstehen, die insgesamt der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung dienen sollen.

Abschließend möchte ich noch kurz, meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Punkte im Zusammenhang mit dem Haushalt 2006 ansprechen:

Den ersten Punkt spreche ich aus einer persönlichen Betroffenheit heraus an – es geht um den so genannten Papsthügel –. Nach anfänglichen

Gedanken, dieses Thema über alle Fraktionen hinweg gemeinsam zu beraten, überschlugen sich in Windeseile die örtlichen Presseorgane in den einzelnen Kommunen mit den Verlautbarungen der regionalen CDU-Vertreter, einer oder einer schneller als die anderen. Man fühlte sich quasi zurückversetzt ins Mittelalter zum „Ablass-Handel“ nach dem Motto: Jeder der sich meldet, ist dabei. Dass nunmehr eine, wie von der Gestaltungsmehrheit vorgeschlagen, umlagene Lösung gefunden wurde, begrüßen wir.

Betroffen bin ich persönlich, weil der Landrat des Erftkreises, also auch mein Landrat, das Verhalten der Gestaltungsmehrheit als „kleinspießig“ bezeichnet hat.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist ein neues Wort, welches wir so nicht kannten. Nun ist es eine lernpsychologische Erkenntnis, dass man neue und unbekannte Begriffe am besten lernt, wenn man sie mit Bildern verknüpft, also hier z. B. kleinspießig = Herr Stump und/oder der Rhein-Erft-Kreis.

Dies, und deswegen bin ich betroffen, hätte unser Kreis wirklich nicht verdient.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Zweitens. Der Landschaftsverband Rheinland kann seine vielfältigen Aufgaben nicht nur dank der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen, sondern wesentlicher Bestandteil vieler Arbeiten in Einrichtungen der Sozialhilfe, der Kliniken, der Jugendhilfe ist das soziale Engagement von ehrenamtlichen Helfern, die sich mit großem Einsatz um Qualität für Menschen kümmern. Um dieses wenigstens ein bisschen anerkennen zu können, schlagen wir Ihnen vor, den „Rheinischen Ehrenpreis“ für soziales Engagement in unseren Zuständigkeitsbereichen Soziales, Gesundheit und Jugend als längst überfällige Ergänzung des begehrten Rheinlandtalers, der aber für kulturelles Engagement verliehen wird, zu schaffen.

Drittens. Verwaltungsstrukturreform. Wie wenig das vor der Wahl Gesagte und Versprochene nach der Wahl gilt – wir alle haben da Erfahrungen –, habe ich Ihnen einleitend anhand des Haushaltsentwurfes der Landesregierung aufgezeigt. Genau dies gilt auch für die Verwaltungsstrukturreform.

Vor der Wahl: Aus zwei Landschaftsverbänden werden sozusagen drei Regionalverbände mit kommunaler Prägung unter Einbezug der Bezirksregierungen, umzusetzen bis 2012, und zwar im Einvernehmen mit der Opposition.

Nach der Wahl: Da erläutert der zuständige Staatssekretär im Innenministerium, Herr Palmen, frank und frei auf der Dienststellenleitertagung des LVR seine Vorstellungen: Die Landschaftsverbände und Bezirksregierungen werden zusammengeführt in drei Regionalpräsidien unter staatlicher Leitung, der kommunale Anteil wird durch einen „Wurmfortsatz“ namens „Kommunalbeirat“ vertreten, umzusetzen bis 2009, notfalls auch ohne Einvernehmen mit der Opposition.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen in der letzten Landschaftsversammlung vorgestellt, dass man meines Erachtens die Buchstaben LVR auch als Abkürzung für andere Begriffe nehmen kann: Zur Erinnerung:

L wie Leidenschaft, mit der Verwaltung und Politik gemeinsam die kommunalen Aufgaben lösen,

V wie Verantwortung, in denen wir gegenüber all denen stehen, die sich auf uns verlassen, und

R wie Respekt, den ich auch von der Landesregierung einfordere für diese seit Jahrzehnten bewährte Form der kommunalen Selbstverwaltung.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Ich finde es ungeheuerlich, dass die kommunale Selbstverwaltung, die wir repräsentieren, die für uns mit den Kommunen überregionale Aufgaben selbst löst, die die einzelnen Kommunen allein nicht lösen können, die Garant dafür ist, dass selbst bei diesen häufig menschlich hoch sensiblen Fragestellungen die „Qualität für Menschen“ gewährleistet bleibt, als ein „Bausteinchen“ auf einem großen politischen Spielbrett behandelt wird.

Ich erwarte und fordere Respekt von der Landesregierung dafür, wie die kommunale Familie ihre Aufgaben qualitätsbewusst löst, wie der LVR mit seinen knapp 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seine Aufgaben für die ca. 2 Millionen Menschen löst, die mittelbar und unmittelbar vom LVR betroffen sind.

Ich erwarte Respekt vor diesen Leistungen und keine technokratisch gesteuerte „Abwicklung“, bei der vermutlich die von uns im Auftrag der Kommunen erbrachten Leistungen für die Menschen im Rheinland z. B. aus Gründen mangelnder Effizienz „auf der Strecke“ bleiben.

Ich wiederhole: Die SPD im LVR wird sich ohne Wenn und Aber für den Erhalt des LVR und des LWL einsetzen,

(Beifall bei der SPD)

weil wir der festen Überzeugung sind, dass für Nordrhein-Westfalen zwei starke Kommunalverbände die beste und preiswerteste Lösung sind, was in über 50-jähriger Arbeit bewiesen wurde.

Möglicherweise sind solche Überlegungen in Düsseldorf ja auch Ausdruck einer tiefen Unkenntnis über die Arbeitsweise und Arbeitsfelder des LVR.

Daher wollen wir mit unserem Auftrag der Gestaltungsmehrheit zu mehr Kenntnis über das Aufgabengebiet der Heimaufsicht in Kindertagesstätten verhelfen, und wir begrüßen ausdrücklich den CDU-Antrag zur Verstärkung der LVR-Mittel zur Öffentlichkeitsarbeit des gesamten Verbandes.

Die etwas überraschende Zustimmung der CDU-Fraktion zur Resolution zum Landeshaushalt, zum Haushaltsentwurf sowie zu dem von der SPD-Fraktion angeregten und mit der Gestaltungsmehrheit vorbereiteten Eckpunkt Papier mit den dort verankerten Anträgen nehmen wir nach den Erfahrungen der letzten Jahre zunächst „vorsichtig positiv“ zur Kenntnis, könnte man dies ja auch als erste Akzeptanz der Arbeit der Gestaltungsmehrheit im und für den LVR verstehen.

Aber der Rheinländer sagt ja: „Man weiß es nicht.“

Abschließend ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung des LVR, an der Spitze Herr Landesdirektor Molsberger, den wir auch weiterhin darin unterstützen, ein Landesdirektor für alle politischen Parteien sein zu können, dem Kämmerer und Ersten Landesrat Herrn Voigtsberger und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Haushalt gestaltet haben, sowie allen anderen Dezernentinnen und Dezernenten für die insgesamt gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Apropos CDU-Fraktion: In seiner letztjährigen Haushaltsrede hat der CDU-Fraktionsvorsitzende, Paul Heidrich, über die Arbeitsweise der Gestaltungsmehrheit unter anderem vom „Abstimmungsbedarf im Dreierpack“ gesprochen. Ich lade Sie, Herr Heidrich, und Ihre gesamte Fraktion herzlich ein, trotz aller Unterschiedlichkeiten, bei den Fragen zur Verwaltungsstrukturreform aus dem Dreierpack ein Viererpack zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Asch.

Frau Asch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mich dem eigentlichen Thema, nämlich dem Haushalt, zuwende, wollte ich Sie an ein Erlebnis teilhaben lassen, das einige von uns in der letzten Woche in den Räumen des Landschaftsverbandes haben durften. Wir konnten sehr anrührende Momente erleben. Endlich, Jahrzehnte nach Ende der nationalsozialistischen Barbarei, haben wir ein kleines Stück unserer Vergangenheit aufgearbeitet, konnten ein Zeichen der Versöhnung setzen. Ich spreche von dem Besuch der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Ukraine. Unseren Gästen widerfuhr während der nationalsozialistischen Diktatur als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter großes Unrecht und Leid in den Einrichtungen des Provinzialverbandes, unserem Rechtvorgänger. Herr Dr. Jürgen Wilhelm als Vorsitzender der Landschaftsversammlung hat für uns alle gesprochen, als er für dieses Unrecht um Vergebung bat. Alle Fraktionen waren bei diesem Besuch zugegen, und wir waren alle sehr bewegt.

Es ist, so glaube ich, gelungen, den ukrainischen Gästen das Bild eines gewandelten Deutschlands zu vermitteln, eines Landes, das sich offen mit seiner Vergangenheit auseinandersetzt. Ein kleiner, aber damals auch umstrittener Haushaltsantrag des letzten Jahres hat somit eine gute und höchst emotionale Wirkung entfaltet.

Ich möchte mich bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken, die das Programm organisiert und die Besucherinnen und Besucher sehr engagiert und einfühlsam begleitet haben.

(Allgemeiner Beifall)

Nun wende ich mich dem Haushalt zu, der in zumindest einer Dimension die Gemüter in der kommunalen Familie bewegt, und das ist der Umlagesatz. Ich freue mich sehr, dass es dank der sparsamen Haushaltsführung und strukturellen Umsteuerungen gelungen ist, dass wir den rheinischen Kommunen ein gutes Signal geben können: Wir senken die Umlage um 0,2 Prozentpunkte von 17,3 auf 17,1 Prozentpunkte. Dies bedeutet für die rheinischen Kommunen eine Minderausgabe von rund 20 Millionen€.

Doch damit nicht genug. Wir wollen unseren Mitgliedskörperschaften, den Kreisen, Städten und Gemeinden, auch für die Zukunft Planungssicherheit geben. Wir wollen ihnen auch in den Folgejahren diesen niedrigen Umlagesatz garantieren. Deshalb haben wir im Eckpunktepapier die finanzpolitischen Ziele dieser Wahlperiode klar formuliert. Wir wollen die Umlage stabil halten und den Kommunen so ein verlässlicher Partner sein.

Wäre auch das Land ein verlässlicher Partner für die kommunale Familie, könnten wir an dieser Stelle einen Punkt machen. Aber Sie wissen es selbst, so ist es leider nicht.

Zunächst ließ die Landesregierung die Kommunen sehr lange im Dunkeln, wohin die Reise bei der Gemeindefinanzierung gehen soll. Sie legte die Eckpunkte zum GFG so spät wie nie vor. Gleichsam im Blindflug mussten die Kammereien die Haushalte aufstellen. Das, was als Eckpunkte ans Licht kam, führte zu einer Erkenntnis: Das Warten hat sich nicht gelohnt.

In diesem Jahr sinken die allgemeinen Zuweisungen und die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen um je 5,8 %. Doch damit nicht genug: Ab dem nächsten Jahr wird der Verbundsatz gekürzt, und zwar von 23 % auf 21,9 %. Das heißt, die Kommunen erhalten dauerhaft weniger Geld vom Land.

Dieses ist ein klares Brechen des Wahlversprechens der neuen Landesregierung. Ohne

Schwarzmalen zu wollen, befürchten wir, dass das Land die kommunale Familie zur Konsolidierung weiter heranziehen wird. Herr Schittges, Herr Einmahl, Herr Solf:

(Heidrich, CDU: Herr Schroeren auch!)

– Und Herr Schroeren; wir sind uns noch gar nicht begegnet. –

(Zuruf von der CDU: Sie werden ihn noch kennen lernen!)

– Ich hoffe, dass ich ihn von seiner besten Seite kennen lerne. –

Sie als Abgeordnete sind diejenige, die für den Haushalt die Hand heben müssen. Ich hoffe, dass Sie sich für die Konsolidierung der kommunalen Finanzen einsetzen.

Der direkte Griff in die Taschen der Kommunen ist das eine, hinzu kommen noch ungedeckte Wechsel, die das Land den Kommunen unterschiebt.

Ich meine die Kürzungen im gesamten sozialen Sektor: bei der Suchtberatung, den Frauen- und Mädchenhäusern, bei Frau und Beruf, der Wohnungslosenhilfe, Integrationsmaßnahmen für Zuwanderinnen und Zuwanderer usw. Die Folgen und deren Kosten wegen mangelnder Beratung und Prävention werden die Kommunen zu tragen haben.

Fast schon mit Neid blicken wir auf ein publizistisches Husarenstück, das die Landesregierung in der Kinder- und Jugendpolitik vollbringt:

Nach außen wählt die Landesregierung wohlfeile Worte zur Kinder- und Familienfreundlichkeit, zur Einführung von Familienzentren und anderen Wohltaten. Diese entfalten ihre medientechnische Blüte in den Gazetten, doch die Haushaltsfakten stehen in krassm Widerspruch dazu. In allen Bereichen der Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien legt die Landesregierung das Skalpell an. Entgegen ihren Versprechungen, hier mehr zu finanzieren als die Vorgängerregierung, wird gnadenlos gekürzt, frei nach der Devise: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Heute heißt es: Morgen, Kinder, wird es nichts geben. Um 116 Millionen € kürzt sie die Sachkostenzuschüsse in den Kindergärten. Sie trifft damit besonders die finanzschwachen Kommunen und die Familien aus sozialschwa-

chen Schichten. Auch das ist eine zutiefst kommunalfeindliche Politik, die von der Landesregierung betrieben wird.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu einem Bereich, in dem die rot-grüne Landesregierung auch schon einmal der Nachhilfe bedurfte. Sie hat jedoch gelernt. Es geht um den Landesjugendplan. Nach einem erfolgreichen Volksentscheid, den wir in unseren Gremien alle unterstützt haben verpflichtete sich die alte Landesregierung, die Zuschüsse im Landesjugendplan 2006 wieder um 21 Millionen € zu erhöhen.

Die Jugendhilfeträger bauten auf die Verlässlichkeit der Politik, fanden zu unkonventionellen Wegen, um die Durststrecke von einem Jahr zu überwinden, schlossen so manche offene Tür nicht. Und jetzt knallt die Regierung den betroffenen Jugendlichen – denn um die geht es hier – die Tür vor der Nase zu. Die Folgen, soziale wie wirtschaftliche, zahlt ja die nächste Generation. Zum Glück gibt es manche CDU-Politiker, die sich an ihre alten Zusagen und Versprechen erinnern und viele schließen sich den Resolutionen gegen die Kürzungen an. Der jetzige Ministerpräsident, damals noch Oppositionsführer, hat in den Diskussionen der letzten Legislaturperiode gesagt: Jeder, der jetzt an der Jugend spart, spart konzeptionslos, er spart an der Zukunft unseres Landes, unserer Gesellschaft. Die Folgekosten müssen wir alle gemeinsam tragen. Diese Aussage von Dr. Rüttgers gilt auch heute noch. Er hat sie aber offensichtlich vergessen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb freue ich mich auch besonders, dass wir hier in der Landschaftsversammlung den einstimmigen Appell an die Landesregierung richten, die Streichungen zurückzunehmen. Das ist ein gutes Signal. Es ist gut, einmal die üblichen politischen Rituale außer Acht zu lassen. Herr Solf, wir leiden ja in unserem gemeinsamen Ausschuss immer sehr darunter, dass es im Landtag nicht so gelingt. Von daher bin ich froh, dass das zumindest hier möglich ist.

(Solf, CDU: Mit Ihnen zusammen macht das Leiden Spaß! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dem kommunal- und sozialfeindlichen Beispiel der Landesregierung

setzen wir ein positives Gegenmodell entgegen: den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland. Gerade als Umlageverband können wir nicht mit dem Füllhorn über das Land gehen und Wohltaten verteilen. Auch bei uns steht Sparen ganz oben. Klipp und klar sagen wir: Es wird in den nächsten Jahren nicht mehr Geld für Personal geben. Das Budget wird gedeckelt. Real heißt das, die Verschlinkung der Verwaltung geht weiter.

Meine Damen und Herren, wir tun dies nicht, weil wir glauben, dass es hier im Hause Menschen gibt, die bezahlt Däumchen drehen. Ganz gewiss nicht. Aber der öffentlichen Hand fehlt das Geld für neues Personal jetzt und für die Pensionslasten der Zukunft. Gerade als Umlageverband stehen wir hier in der besonderen Pflicht.

Aber auch bei der Personalpolitik nehmen wir unseren gesellschaftspolitischen Anspruch ernst. Wir werden weiter über Bedarf ausbilden. Die Verwaltung soll dies vor allem da tun, wo es auch auf dem freien Markt einen Bedarf gibt. Auch Volontariate können ein gutes Mittel sein. Wir sagen ebenso deutlich: Wir können keine Übernahme garantieren. Aber wir verbessern die Startchancen der Jugendlichen. Diese Mitgift kann den jungen Frauen und Männern keiner mehr nehmen. Wir sind sicher, dass dieses Ziel von allen Dezernentinnen und Dezernenten mitgetragen wird. Auf ihre Mithilfe und ganz besonders die der Personaldezernentin sind wir angewiesen. Vielen Dank dafür schon jetzt.

Meine Damen und Herren, gestalten müssen wir auch auf einem der originärsten Felder der Landschaftsverbände, nämlich der Hilfe für behinderte Menschen. Dies geht jedoch nicht ohne Hilfe des Bundes. Ohne ein Leistungsgesetz des Bundes, was wir schon seit vielen Jahren fordern, trägt die kommunale Familie allein die Last der Kosten.

Erstmals seit langer Zeit hat der Kämmerer eine frohe Botschaft zu verkünden: Der Anstieg der Fallzahlen fiel 2005 langsamer aus, als erwartet. Hier zeigt das konkrete Umsteuern in der Eingliederungshilfe seine Wirkung. Es war richtig und konsequent, auf den Wechsel „Ambulant vor stationär“ zu setzen und es zahlt sich aus. Die betroffenen Menschen erhalten mehr Selbständigkeit und die kommunalen Kassen werden entlastet. So eine gute Rendite wie bei dem Er-

folgsprogramm „Ambulant vor stationär“ garantiert uns keine Bank.

Wir wollen, dass die Verwaltung diesen Weg weiter konsequent geht. Der Umstellungsprozess hat dem Dezernat 7 viel Arbeit abverlangt, aber es war unabdingbar. Vielen Dank, dass Sie und Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich dieser Aufgabe so engagiert stellen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir versprechen, es bleibt weiterhin viel Arbeit. Vor allem für die Menschen mit geistiger Behinderung gibt es noch viel zu tun. Genau wie wir wollen Menschen mit geistiger Behinderung nach der Arbeit nicht einfach ins Bett fallen, jedenfalls nicht jeden Tag. Gerade im Freizeitbereich fehlen jedoch die Angebote jenseits des Heims. Hier müssen wir im Zusammenspiel mit den Kommunen Abhilfe schaffen. Die Kontakt- und Beratungsstellen waren ein erster und guter Beitrag dazu.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit der Modellförderung im Jugendbereich wollen wir jetzt mit der Modellförderung im Bereich der Freizeit Lücken schließen und neue Wege ausprobieren. Es ist nötig, wenn wir das ambulante Wohnen stärken wollen.

Aber noch eine für meine Fraktion sehr wichtige Randbemerkung: Sie alle wissen, dass wir aufgrund der Gesetzesänderung auf Bundesebene die Weihnachtsbeihilfe an die behinderten Menschen nicht mehr auszahlen können. Wir als LVR wollen diese 400.000 € nicht einsparen, sondern weiter den behinderten Menschen zugute kommen lassen, aber wir wollen nicht, wie Sie, liebe Linke.PDS, dass nur die Menschen, die in den Heimeinrichtungen wohnen, die Weihnachtsbeihilfe bekommen, sondern wir wollen, dass es auch denen zugute kommt, die im ambulanten Bereich versorgt werden. Deshalb haben wir das Programm „Ambulant vor stationär“ im Freizeitbereich in Höhe von 400.000 € aufgelegt.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP)

Unsere Anträge zum Persönlichen Budget oder der Flexibilisierung der Heimentgelte flankieren dieses Ziel.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband Rheinland, Politik wie Verwaltung, setzen

konsequent auf den Wechsel „Ambulant vor stationär“. Die Entschlossenheit zeigt ihre Wirkung, ein ganz aktuelles Beispiel: Die Freie Wohlfahrtspflege erklärt sich erstmals bereit, Heimplätze abzubauen, und zwar um 5 %. Mit dem festen Blick auf die Qualität für die Nutzerinnen und Nutzer sind wir auf einem guten Weg. Ich danke dafür, dass dieser große Erfolg erreicht wurde.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist eindeutig: Wir werden weniger, älter und bunter. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund wird im Jahr 2010 in NRW bei 50 % liegen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz macht keinen Unterschied zwischen der Herkunft oder dem Pass der Kinder. Die Leistungen der Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe müssen allen Kindern zugute kommen. Sie müssen vor allem den Kindern mit Migrationshintergrund zugute kommen, denn wir brauchen diese Kinder für die Zukunft des Landes. Deshalb möchten wir, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendhilfeeinrichtungen in ihrer interkulturellen Kompetenz gestärkt werden, damit sie mehr Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund machen können. Damit fügen wir dem Programm „Interkulturelle Kompetenz im LVR“ einen neuen Baustein hinzu.

Einen alten Baustein wollen wir weiter ausbauen. Die Gesundheitszentren für Migrantinnen und Mitgranten in Köln und Duisburg haben sich als Kompetenzzentren etabliert und strahlen in die Region aus. Um diese Strahlkraft für das ganze Rheinland zu entwickeln, wollen wir ein drittes Zentrum fördern. Die Mittel dafür stellen wir bereit.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, Strahlkraft ist nicht immer etwas Positives. Als vor 20 Jahren der Reaktor in Tschernobyl havarierte, erhielten die Gegnerinnen und Gegner der Kernkraft einen tragischen Beweis für die Gefährlichkeit dieser Technologie. Trotzdem rückte nur sehr langsam die Suche nach regenerativen Energiequellen in den Blick der Öffentlichkeit.

Immer neue Ereignisse erinnern uns daran, welche Gefahren mit unserer Art der Energieversorgung verbunden sind: Feinstäube, Sommermog, schmelzende Polkappen, Tornados in Hamburg und zunehmende Unwetter insgesamt. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklungen übertreffen sogar die Kosten der steigenden Energiepreise. Die Versicherungen können ein Lied davon singen. Steigende Gas- und Ölpreise zeigen zudem, wie abhängig wir von den fossilen Energiequellen sind.

Meine Damen und Herren, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ist es geboten, die Abhängigkeit von Öl und Gas so klein wie möglich zu halten. Wie können wir steigende Energiepreise im Haushalt gleichmütig notieren, aber jeden Euro bei energiesparenden Investitionen beschreiben? Hier heißt es Energie sparen und auf regenerative Energieträger setzen.

Wir freuen uns darüber, dass die Verwaltung sich dieser Idee zuwendet. Recht so und weiter so. Unsere Aufgabe ist es, ein realistisches Programm vorzugeben. Wenn Sie, meine Damen und Herren der CDU, sich nicht dem Ziel verschreiben können, den CO₂-Ausstoß um 3 bis 5 % pro Jahr zu verringern, bitte schön! Aber dann verschreiben Sie sich mit uns dem Ziel, die Energiekosten zu senken, kurz-, mittel- und langfristig. Herr Voigtsberger und Frau Karabaic, wir setzen auf Ihre Entschlossenheit und Kreativität.

(Heidrich, CDU: Sie haben doch gar nicht dagegen gestimmt!)

Mit dem Begriff Kreativität wären wir auch schon beim nächsten Thema, der Kultur. Meine Damen und Herren, es gibt ja Menschen, denen fällt bei Archäologie nur „olle Knochen“ und Steine ein. Aber diese Knochen, ihre und damit unsere Geschichte werden in diesem Jahr zu hohen Ehren kommen, nämlich in der Ausstellung „Roots“. Sie findet schon jetzt bundesweit publizistische Beachtung.

(Heidrich, CDU: Unsere Knochen sind es nicht!)

– Man darf sich nicht immer nur für die eigenen Knochen interessieren, Herr Heidrich.

(Heiterkeit – Heidrich, CDU: Aber halten müssen wir die!)

Aber wir müssen darauf achten, dass wir auch abseits der erfolgreichen Sonderausstellungen, den Highlights, Bürgerinnen und Bürger für unsere Museen begeistern. Das fängt damit an, dass wir gerade junge Menschen noch stärker ins Museum holen wollen. Deswegen wollen wir die Kapazitäten für das Programm „Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum“ in den nächsten Jahren kontinuierlich ausbauen.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband Rheinland kann sich mit seinen Leistungen sehen lassen. Und wir können immer noch besser werden. Wir müssen uns diesem stetigen Verbesserungsprozess selbstbewusst stellen, denn wir wissen, dass wir bei der Landesregierung auf dem Prüfstand stehen. Wir werden entschlossen für eine kommunal verfasste und demokratisch legitimierte Mittelebene streiten. Viele Argumente sind auf unserer Seite. Wir hoffen, dass das Land sie auch hören will und in den Dialog mit uns eintritt, und zwar als gleichberechtigte Gesprächspartner. Ich bin jedoch sehr skeptisch, wenn ich sehe, wie schnell die Versprechen, die diese Landesregierung gibt, gebrochen werden.

Meine Damen und Herren, die Handlungsspielräume, die wir als Politikerinnen und Politiker haben, sind oft nicht groß und sie bestehen oft nur für kurze Zeit. Umso entschlossener gilt es, sie zu nutzen. Viele hier im Raum, aber auch draußen, haben sich gefragt, ob die gestalterische Mehrheit, ein Bündnis aus drei eigenständigen Fraktionen, dies schafft. Wir haben es geschafft. Wir sind sogar Vorbild für viele Mitgliedskörperschaften im Rheinland. In Bonn gibt es jetzt auch eine Ampel. Ich habe gehört, dass es in Meerbusch jetzt eine Schwampel gibt.

(Zuruf: Was ist das?)

– Das ist eine schwarz/gelb/grüne Ampel. – Es ist also viel in Bewegung. Wir freuen uns, dass unsere Zusammenarbeit so gut klappt, und zwar so gut, dass sich selbst die CDU-Fraktion unserem Weg anschließt.

(Heidrich, CDU: Die Verwaltung hat den Haushalt gestaltet!)

– Herr Heidrich, Sie haben zumindest in der Mehrheit unseren Haushaltsanträgen zugestimmt und auch eigene Akzente gesetzt.

Ich bin froh, dass es gelingen wird, den Haushalt einvernehmlich zu verabschieden. Jedes Mehr an Qualität kann uns in der Diskussion um die Verwaltungsstrukturreform nur nutzen, und sie kommt den Menschen im Rheinland zugute.

Noch einmal: Ich freue mich sehr, dass wir heute in so großer Einmütigkeit den Haushalt verabschieden. Das ist ein gutes Signal in Richtung Landesregierung und ein gutes Signal für die Menschen im Rheinland, für die wir verantwortlich sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Effertz.

Effertz (FDP):

„Wenn wir aufhören besser zu werden, werden wir bald nicht mehr gut sein.“

Das, sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm, Herr Schäfer, Herr Molsberger, meine Damen und Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagte einst Oliver Cromwell, und ich finde, es passt sehr gut zum LVR und zu diesem Haushaltsentwurf.

Dieser Entwurf zeigt das Dreieck des Erfolges, wie Sie, sehr geehrter Herr Voigtsberger, es bei der Haushaltseinbringung nannten. Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP wird diesem Etat zustimmen und mit dem Eckpunktebeschluss zum Haushalt unseren klaren Sparwillen bei gleichzeitiger Qualitätssicherung dokumentieren. Die Eckpunkte sind klar und unsere Ziele deutlich. Ich nenne Ihnen nur vier:

Erstens. Umlagehebesatz senken.

Wir senken den Umlagehebesatz auf 17,1 %. Wir schreiben ihn bis 2009 als Obergrenze fest. Für uns ist es wichtig, der verlässliche Partner der Kommunen zu bleiben. So hatten wir es be-

reits in dem Koalitionsvertrag der Gestaltungsmehrheit vereinbart.

Durch diese Festschreibung geben wir den Mitgliedskörperschaften vor allem eines: Planungssicherheit!

Das ist ein Signal, dass wir im Rahmen des Budgets unsere Aufgaben erfüllen werden, sparsam, wirtschaftlich und in Verantwortung den Kommunen gegenüber.

Denn Otto Ernst sagte mal:

„Keine menschliche Tugend ist so verbreitet, wie der Sinn für Wohltätigkeit aus der Tasche anderer.“

Diese Taschen sind für uns die Haushalte der Mitgliedskörperschaften und die Taschen der künftigen Generationen. Jeder Schuldeneuro schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen, meiner Generation und die meiner Kinder, erheblich ein.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte in Zukunft noch gestalten können und ich möchte, dass meine Kinder gestalten können. Deshalb ist es gut für die Kommunen und so wichtig für uns junge Menschen, dass wir anfangen, diesen Schuldenberg abzutragen!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Ziel wird im Haushaltsentwurf 2006 erstmals seit Jahren wieder erreicht. Der Landschaftsverband Rheinland wird Schulden tilgen: 9 Millionen €! Das ist doch schon mal ein guter Anfang. Die FDP wird diesen Weg der Konsolidierung konsequent weitergehen. Dies haben wir in der Gestaltungsmehrheit fest verabredet.

Zweitens. Personalausgaben festschreiben.

Die Personalausgaben werden auf der Grundlage 2006 festgeschrieben. Personalentwicklungs- und Personalplanungskonzepte sind zu erstellen.

Wir sind uns bewusst, mit gut 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Arbeitgeber in der Region zu sein. Wir wissen um unsere gesellschaftliche Aufgabe, Ausbildung für junge Menschen zu garantieren. Wir sind ein großer Ausbilder und ich will, dass wir es bleiben.

Die FDP-Fraktion steht ausdrücklich hinter der Forderung, auch weiterhin über Bedarf auszubilden, auch wenn wir leider nicht jeden Azubi übernehmen können.

Wir schenken den jungen Menschen vorher reinen Wein ein und sagen ihnen: Wir bilden euch aus, ohne Übernahmegarantie. Wir sagen ihnen: Wir bilden euch in Berufsfeldern aus, die marktfähig sind. So haben diese jungen Menschen eine Ausbildung und größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das ist für uns ein Gesetz der Fairness!

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Frau Landesrätin Hötte, ganz herzlich für Ihre Arbeit und Ihr Engagement, in der doch bis jetzt recht kurzen Amtszeit all diese Aufgaben in Angriff genommen zu haben, damit eine gute Personaleinsatzplanung in Zukunft garantiert ist und junge Menschen weiterhin qualifiziert werden.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Kulturnetzwerke bilden.

Wir setzen uns als Gestaltungsmehrheit dafür ein, die Kulturlandschaft Rheinland weiter zu profilieren. Wir fördern daher verstärkt die Bildung kulturpolitischer Netzwerke. Durch Kooperation mit Stiftungen, Einrichtungen und Akteuren in der Region wollen wir inhaltliche und wirtschaftliche Synergien besser nutzen.

Wir werden weiterhin auch gerade in diesem Bereich Ausbildung stärker fördern. So werden wir die Volontariatsstellen um weitere 10 Besetzungen verstärken. Diese Stellen sind im Gesamthaushalt abzudecken, um auch hier dem Gebot der allgemeinen Sparsamkeit zu folgen.

Neben der Ausbildung in diesem Bereich setzen wir uns auch für eine stärkere kulturelle Bildung von Schülerinnen und Schülern ein. Unser Programm „Schüler wohnen im Museum“ wird von uns weiter gefördert und ausgebaut.

Wir können weiterhin inhaltliche Synergien viel stärker nutzen, wenn sich der LVR stärker noch als bisher gerade in Stiftungsbeiräten engagiert. Wenn wir Kulturprojekte fördern, fordern wir auch Teilhabe. Wir wollen wirtschaftlich tragfähige Konzepte und an deren Umsetzung beteiligt werden. Kurz: Wo LVR draufsteht, muss auch LVR drin sein.

Dabei geht es uns keineswegs um kontrollierte Kunst und Kultur. Das umstrittene Synagogenprojekt in Pulheim ist hier ein gutes Beispiel. Meine ganz persönliche Meinung dazu ist: Man kann zu der Aktion stehen, wie man will. Man kann sie begrüßen oder ablehnen. Aber es ist nicht Aufgabe des Staates, zu bewerten oder gar zu entscheiden, was Kunst ist und was nicht.

(Heidrich, CDU: Es gibt aber Grenzen!)

Über Kunst lässt sich nicht streiten, Herr Kollege. Entweder sie gefällt oder eben nicht. Wir haben als öffentliche Hand die Aufgabe, Kunstprojekte zu fördern und überhaupt erst zu ermöglichen. Wir tragen Sorge dafür, dass Kunst generell zugänglich wird.

Was passiert, wenn der Staat anfängt, über den Wert und den Inhalt von Kunst zu entscheiden, können wir unter dem Stichwort „Entartete Kunst“ im Museum Baden in Solingen sehen.

Der LVR leistet im kulturellen Bereich sehr gute Arbeit. Die Vielfalt der Museen, die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau erfahren die volle Unterstützung der FDP-Fraktion. Wir stehen zu einer breiten Kulturpolitik des LVR, auch wenn dieser Bereich bei jeder Haushaltsdebatte einer der ersten ist, bei dem viele sparen wollen. Hier danke ich besonders Frau Landesrätin Karabaic für ihre bisher geleistete Arbeit. Sie haben die Idee der Netzwerkbildung bereits in Ihrem früheren Amt verfochten, und wir freuen uns, auch weiterhin so gut mit Ihnen zusammen zu arbeiten.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Qualität für Menschen. Der Landschaftsverband Rheinland sieht sein Ziel nicht in erster Linie in der fachkompetenten Organisation von Leistungen der Eingliederungshilfe. Das können wir auch, effizient und effektiv. Aber im Vordergrund steht der Wunsch, den behinderten Menschen möglichst viel Selbstständigkeit und Normalität zu ermöglichen. Dieser fachlich und mitmenschlich beste Weg ist auch der kostengünstigste. Vermeintlich freiwillige Ausgaben und Anreize stabilisieren auf Sicht die Finanzlast der kommunalen Familie.

Ich bin froh, dass wir den Weg „Ambulant vor stationär“ alle gemeinsam gehen, allen voran

Frau Landesrätin Hoffmann-Badache. Mit ihrem Einsatz und der konsequenten Umsetzung des Anreizprogramms, dem sich die Union im vergangenen Jahr noch verweigert hatte, haben wir bereits erste Erfolge erzielt.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion dankt Ihnen und unterstützt Sie in der Fortsetzung.

Neben der Modellförderung im Freizeitbereich wollen wir vor allem Träger unterstützen, stationäre Wohnhilfen zu flexibilisieren. Die betroffenen Menschen sollen so die Möglichkeit erhalten und ermutigt werden, Angebote bei verschiedenen Trägern einzukaufen, um sich schrittweise von der stationären Komplexleistung weg auf das ambulante Wohnen hin zu bewegen.

Wir wollen mehr Selbstbestimmung und mehr Flexibilisierung zwischen ambulanten und stationären Hilfen. Wir wollen individuelle Hilfestellung und einen bedarfsgerechteren Ausbau von Hilfen.

So halten wir einerseits die Kosten im Rahmen und können andererseits den uns anvertrauten Menschen besser helfen. Durch unser Engagement geben wir den Menschen ein Stück selbstbestimmtes Leben zurück. Noch einmal: Dass dies zudem kostengünstiger ist, ist erfreulich, aber nicht die Maxime unseres Handelns.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Stichwort „Qualität für Menschen“ beobachten wir sehr gespannt die Diskussion der Verwaltungsstrukturreform. Liberale sehen in Veränderung ja zuerst die Chancen und wir wissen, dass Veränderung nur dort Sinn macht, wo das Ziel eine Verbesserung darstellt. In der Landesregierung sitzen ja bekanntlich auch Liberale, und so wundert es mich nicht, dass hier vor allem die Chancen einer Verwaltungsstrukturreform im Fokus stehen. Doch ob das Ziel wirklich eine Verbesserung darstellt, bleibt abzuwarten.

Ich möchte als Mitglied der Landschaftsversammlung an dieser Diskussion teilnehmen. Ich möchte mit der Landesregierung diskutieren und notfalls auch streiten. Das müssen beide Seiten aufrichtig wollen und zulassen. Lassen Sie uns gemeinsam nach dem besten Weg suchen. Las-

sen Sie uns alle Argumente prüfen und offen und ehrlich austauschen.

Der LVR braucht sich nicht zu verstecken. Wir leisten hervorragende Arbeit. Die Qualität unserer Angebote ist deutschlandweit führend und die Kosten angemessen. Ich sehe im Moment keine andere Struktur, die diese Aufgaben zum Wohle der Menschen besser oder bei gleicher Qualität kostengünstiger gestalten könnte als die beiden Landschaftsverbände.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sehe ich bei der geplanten Veränderung als Liberaler auch die Risiken ganz deutlich.

Daher lassen wir uns in dieser Debatte auch nicht in einen Gegensatz zu unserem Schwesterverband Westfalen-Lippe bringen, der wie wir für den Erhalt der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung eintritt.

Sehr geehrter Herr Landesdirektor Schäfer, Ihnen gilt daher auch der besondere Dank der rheinischen Liberalen für Ihren herausragenden Einsatz gemeinsam mit Landesdirektor Ferdinand Esser gegen die seinerzeit geplante Zerschlagung der beiden Landschaftsverbände.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Als Fazit halte ich fest: Der Landschaftsverband Rheinland ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Der Landschaftsverband Rheinland ist auf einem guten Weg. Die Umlage wird gesenkt, Schulden getilgt, die Personalkosten festgeschrieben und die Qualität für Menschen ausgebaut.

Die Gestaltungsmehrheit, als die sich die Ampelkoalition des LVR stets gesehen und im zweiten Jahr aufgrund hervorragender sachlicher und menschlicher Zusammenarbeit auch bewährt hat, garantiert: Wir schreiten auf diesem Erfolgsweg weiter, mit Vertrauen und Verlässlichkeit.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt und dem Eckpunktebeschluss zu, damit wir auch morgen noch gut sind!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Detjen.

Detjen (Die Linke.PDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen stellt die Landschaftsverbände im Rahmen der Strukturreformdiskussion zur Disposition und entzieht sich sozialpolitischen Aufgaben in diesem Land. Denn der Beitrag des Landes NRW zu den Einnahmen des LVR sinkt erneut. Waren es 2005 noch 231 Millionen €, plante der Kämmerer 2006 ursprünglich 218 Millionen € ein, sind es inzwischen im vorliegenden Haushaltsansatz nur noch 207 Millionen €, eine Kürzung um 10%.

Im kommenden Jahr will die Landesregierung ihre Beiträge noch weiter senken. Das halten wir für abenteuerlich. Die Linke.PDS im LVR ist über die Senkung der Landschaftsumlage von 17,3 auf 17,1 % nicht begeistert. Da unterscheiden wir uns von den anderen Parteien. Wir haben den Eindruck, dass der Kämmerer hier etwas voreilig reagiert hat. Wenn das so weiter geht, gehen wir davon aus, dass im nächsten Jahr die Landschaftsumlage wieder erhöht werden muss.

(Paßmann, FDP: Nein!)

Wenn man sich die Destruktionspolitik der Landesregierung ansieht, befürchten wir, dass das Innenministerium einer Erhöhung nicht zustimmen wird. Wenn die Umlage weiter 17,3 % betragen würde, wäre dieser Hebesatz für zukünftige Jahre sicher und eine Zustimmung der Landesregierung nicht nötig.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Deshalb treten wir dafür ein, die Schulden des LVR weiter abzubauen und gegebenenfalls die RWE-Aktien abzustoßen, wenn der Aktienkurs und die Leitzinsen weiter steigen. Der Kämmerer hat auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass gegenwärtig der Zinsertrag der RWE-Aktien und der Zins von Kommunalkrediten gleichwertig sind. Das muss aber nicht so bleiben. Wenn man auf diesem Wege ca. 125 Millionen € erzielen kann, sollte ein Verkauf ernsthaft erwogen werden.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Der LVR hat sich vertraglich verpflichtet, sich an der Kapitalerhöhung der WestLB mit 149 Millionen € zu beteiligen. Das wird über die Dividende der Beteiligungen und über den Verkauf von RWE-Aktien möglich. Wir finden es eigentlich ein Unding, dass ein kommunaler Zweckverband solchem Zwang unterliegt. Wenn wir aber schon so viel Geld in diese Bank stecken müssen, dann sollte deren Geschäftspolitik ständig überprüft und hinterfragt werden. Erinnerung sei an die Geschäfte mit Unternehmen, die den Regenwald abholzen. Wir kritisieren diese Politik und fordern die Verwaltung und Politik auf, hier tätig zu werden und hierüber zu diskutieren.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Nach dieser Kritik ein positives Wort an den Kämmerer: Seine vorsichtige Haltung zu der Tendenz, verstärkt kommunale Aufgaben durch private Investitionen zu finanzieren, finden wir richtig und gut. Ihr Hinweis, Herr Voigtsberger, dass die Investoren mit dem PPP-Modell die hohen Gewinne erst nach dem Bau, in der folgenden Betriebswirtschaftsphase von 20 bis 25 Jahren, machen, ist sehr wichtig.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Meine Damen und Herren, viele Menschen in diesem Land sind wegen der tiefen sozialen Einschnitte verunsichert. Die Hartz IV-Maßnahmen bewirken, dass Menschen, die über viele Jahre beschäftigt waren und dann überraschend arbeitslos werden, nun deutlich schlechter gestellt sind. Die Leistungsbezieherinnen und -bezieher des LVR haben nachgerechnet und gemerkt, ihnen fehlten 2005 20 €. Bei einem monatlichen Taschengeld von 89,70 € sind das 2 %.

Trotzdem haben 8.626 Leistungsbezieher Antrag auf Gewährung der gestrichenen Weihnachtsbeihilfe von 31,19 € gestellt, ein einmaliger Vorgang. Fast 40 % der Berechtigten legten Widerspruch ein. Sollte unsere Sozialpolitikerinnen und -politiker ein solches Engagement nicht freuen? War es nicht gut und richtig, dass die vielen sozialen Träger ein solches Engagement befördert und nicht gedeckelt haben? Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, waren überrascht. Sollten wir diesen Protest der 8.000 Personen nicht mit Respekt, ja gar Wohlwollen betrachten?

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Die Ampelkoalition blinkte kurz auf, diskutierte und bog dann rechts ab, wo die CDU mit der Verwaltung schon angekommen war.

(Beifall bei Die Linke.PDS – Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Deshalb fordert die Linkspartei.PDS in dem Ihnen vorliegenden Antrag, die Weihnachtsbeihilfe für alle Leistungsbezieher, ob ambulant oder stationär, Frau Asch, im nächsten Jahr wieder auszubehalten.

(Diekmann, CDU: Dann müssen Sie das Gesetz ändern!)

Für diese Menschen war und ist die Weihnachtsbeihilfe wichtig. Deshalb ist Ihre Ablehnung ignorant. Dass es auch anders geht, haben andere Bundesländer und Kommunen gezeigt, die Ende letzten Jahres die Weihnachtsbeihilfe ausgezahlt haben.

(Fleiß, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Was ist mit der Rechtslage?)

Die Linkspartei.PDS spricht sich strikt gegen eine Änderung der Rechtsform der Rheinischen Kliniken aus. Entweder soll sie dazu dienen, den Klinikbetrieb effizienter, sprich schlanker zu machen und vor allem über den Abschluss eines Haustarifvertrages die Arbeitsbedingungen der Belegschaft zu verschlechtern,

(Paßmann, FDP: Das ist doch Polemik!)

oder sie ist völlig überflüssig, weil sich dann nur die Form und die Betriebsatzungen ändert.

(Zuruf von der SPD: Keine Ahnung, aber davon viel!)

Im Eckpunktebeschluss, bei dem sich jetzt auch die CDU mit dem neuen Punkt 4 eingebracht hat, steht, dass eine Veräußerung nicht erfolgt. Mit dieser Formulierung lassen Sie offen, ob Beteiligungen Dritter möglich sind. Sie sprechen von „dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit“. Das steht im krassen Gegensatz zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Die angestrebte Änderung der Rechtsform wird eines auf jeden Fall bewirken: Wir werden dann Geschäftsführer mit sehr hohen Gehältern haben. Wir schließen uns der Kritik des Gesamt-

personalrates und der Gewerkschaft ver.di an. Sollte es zu einer anderen Rechtsform kommen, was Sie ja anstreben – Herr Heidrich hat angedeutet, dass er noch mehr will als eine andere Rechtsform –, dann werden wir darauf bestehen, dass der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gilt, dass das Rechnungsprüfungsamt diese Unternehmen weiterhin prüfen kann und dass die Geschäftsführer als Amtsträger verpflichtet werden.

(Beifall bei Die Linke.PDS – Zurufe.)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, es ernst damit meinen, die Kliniken nicht privatisieren zu wollen, dann müssen Sie auch die Privatisierung von Teilen des Krankenhausbetriebs verhindern. Die Linke.PDS ist gegen das geplante Outsourcing der Klinikverköstigung.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Im aktuellen Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst hatte ver.di zu Solidaritätsaktionen in der Arbeitszeit aufgerufen. Sie, Herr Landesdirektor Molsberger, haben vor dem Arbeitsgericht Köln eine einstweilige Verfügung erwirkt, worauf ver.di den Aufruf zurückziehen musste.

(Beifall bei SPD, FDP und CDU)

– Oh, die Kollegen der SPD klatschen auch. – Das hält die Linke.PDS für falsch und völlig überzogen.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Sie haben ein Klima der Unsicherheit unter den Beschäftigten erzeugt zu einem Zeitpunkt, an dem andere Politiker, z. B. Ministerpräsident Beck, Lösungsvorschläge machten, wie man in diesen Konflikt eingreifen kann. Im alten Streit um Solidarität und Friedenspflicht haben Sie mit dem Mittel der einstweiligen Verfügung ein ungewöhnliches und unangemessenes Instrument eingeführt.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Dass dabei die Sorge der Beschäftigten völlig berechtigt ist, hat eine unserer letzten Anfragen an die Verwaltung ergeben. Durch eine Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten sind beim LVR 21,5 Stellen gestrichen worden. Der LVR hat 1,83 Millionen € eingespart. Sollte sich eine solche Politik des Personalabbaus auch bei den

Angestellten durchsetzen, würden im LVR hunderte Arbeitsplätze wegfallen. Das würde unmittelbar auf den Qualitätsstandard in der Pflege durchschlagen.

(Beifall bei Die Linke.PDS – Zuruf von der CDU: Keine Panikmache!)

Jetzt werden sogar die Ausbildungsplätze im gehobenen Verwaltungsdienst reduziert. Das ist der reine Wein, den uns die FDP vorhin bei dem Thema Ausbildungsplätze einschenken wollte. Das ist die Realität.

(Brausch, SPD: Sie haben nicht zugehört!)

– Hören Sie doch zu. – Waren es 2002 noch 65 Auszubildende im gehobenen Dienst, waren es 2005 nur noch 32, und 2006 soll es nur noch 10 Auszubildende in diesem Bereich geben. Die Verwaltung nennt das „bedarfsgerechte Anpassung der Ausbildungsquote“, und die Verwaltung prüft, „ob mehr Ausbildungsplätze im gewerblichen Bereich angeboten werden können“. Wir sind gespannt. Mit einer Quote von 5,8 % Anteil von Auszubildenden an allen Beschäftigten steht der LVR nicht schlecht da. Es ist fatal und dumm, diesen Bonus, den wir haben, mit solchen Kürzungen aufs Spiel zu setzen. Der LVR kann mit den Ausbildungsplätzen Reklame machen. Ich habe dieses Thema im Stadtrat Köln gerade am Wickel. Da liegt die Quote bei 3,7 %. Insofern kann der LVR damit hausieren gehen. Es wäre dumm, hier zu streichen. Mein Vorschlag: Wir sollten uns auf eine feste Ausbildungsquote verständigen. Dann kann nicht irgendeine Regierung an den Ausbildungsplätzen herumfeilen, wie es gerade der Haushalt nötig macht.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Wir haben die Ergänzungsanträge der Gestaltungsmehrheit zur Kenntnis genommen, die interkulturelle Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entwickeln. Sie sind aber auf die Rheinischen Kliniken und die Jugendhilfe beschränkt. Das reicht bei Weitem nicht aus. Vor allem müsste die Verwaltungsspitze hier einen deutlich anderen Kurs einschlagen. Wir brauchen nicht nur mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund, sondern mehr Ausbildung und Qualität im laufenden Betrieb der Einrichtungen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Das machen wir doch!)

Wie will man Krankheiten heilen, wenn man sich weder mit dem sprachlichen noch mit dem kulturellen Hintergrund der zu behandelnden Menschen auseinander setzt?

(Beifall bei Die Linke.PDS – Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Lesen Sie
unseren Antrag!)

Unsere Einrichtungen müssen nachvollziehbar und nachprüfbar interkulturell geöffnet sein. Interkulturell geöffnete Einrichtungen mit interkulturell kompetentem Fachpersonal sind zeitgemäß, zukunftsweisend und unverzichtbar. Hier könnte die Installation eines Migrationsbeauftragten beim LVR Abhilfe schaffen.

Wir haben uns gefreut, dass nach jahrelanger Vorbereitung der Besuch von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern mit Verbindung zum Provinzialverband Rheinland stattgefunden hat. Es waren ja Patientinnen und Patienten der damaligen Rheinischen Kliniken. Herzlichen Dank an die Verwaltung, dass Sie das organisiert haben.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Meine Damen und Herren der Ampel-Koalition, macht es Sie nicht misstrauisch, dass die CDU, anders als im letzten Jahr, Ihrem Haushalt zustimmt? Herr Rolle hat ja eine Anmerkung gemacht, er sei etwas vorsichtig. Oder gibt es inzwischen eine Art Stillhalteabkommen mit der CDU? Ich finde jedoch die Einladung an die CDU kühn, dass Sie den Hebesatz schon für drei Jahre im Voraus planen. Ich habe noch nicht erlebt, dass man so etwas macht. Alle Achtung vor so viel Mut. Dann ist es natürlich für die CDU einfach, sich in ein solches Bündnis einzukuscheln.

(Heiterkeit)

Frau Asch, Sie müssen dann für diese Koalition einen neuen Begriff auswählen. Ich kenne noch keinen. „Schwampel“ würde auf jeden Fall nicht zutreffen. „Rote Schwampel“ würde auch nicht zutreffen, weil wir nicht dabei sind. „Orange Schwampel“ wäre ein Begriff, auf den man sich verständigen könnte. Dieser Politik möchten wir nicht beitreten, sondern wir wollen unsere Rolle als einzige Oppositionspartei wahrnehmen. Oppositionsarbeit kann Freude machen. Insofern

müssen Sie nicht meinen, dass wir sauer sind. Wir sind die einzige Oppositionspartei und deswegen werden wir gegen den Haushalt und das Eckpunktepapier stimmen.

(Paßmann, FDP: Sie lernen nie!)

Ansonsten viel Spaß bei der orangenen Schwampel.

Ein Schlusswort an die Verwaltung: Wir möchten uns für die vielen Antworten bedanken, die wir auf unsere zahlreichen Anfragen bekommen haben. – Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.PDS)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit für das nun folgende Abstimmungsverfahren.

Wir stimmen zunächst über die Anträge ab, wie ich es eben in meinem Vorschlag unterbreitet habe.

Es liegt zur heutigen Abstimmung nur noch ein Antrag vor, nämlich der Antrag Nr. 12/121, deshalb nur einer, weil die übrigen Anträge bereits im Landschaftsausschuss am 29. März beschlossen wurden. Sie bedürfen heute keiner weiteren Abstimmung. Deshalb rufe ich heute nur den Antrag Nr. 12/121 von Die Linke.PDS auf.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind zwei Stimmen (Die Linke.PDS). Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Antrag die erforderliche Mehrheit nicht gefunden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 12/115/1. Das ist der gemeinsame Antrag aller Fraktionen: Eckpunktebeschluss zum Haushalt 2006. Dieser Antrag liegt Ihnen vor. Der Landschaftsausschuss hat eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen. Gibt es zum Eckpunktebeschluss den Wunsch, das Wort zu nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das sind zwei Kollegen der PDS. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU die Zustimmung gegeben worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 sowie Investitionsprogramm 2005 bis 2009. Diese Abstimmung erfolgt gemäß der Vorlage Nr. 12/1309 einschließlich des Beratungsergebnisses des Landschaftsausschusses vom 29. März 2006. Wir haben im Landschaftsausschuss entsprechend beraten und beschlossen. Die Beschlussempfehlung liegt Ihnen vor. Gibt es dazu den Wunsch, das Wort zu nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/1309, Haushaltssatzung, Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 sowie Investitionsprogramm einschließlich des Beratungsergebnisses des Landschaftsausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Zwei Kollegen der PDS. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist mit den Stimmen der Fraktionen der Haushalt insgesamt so **beschlossen** worden.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, FDP und CDU)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6.2,

Wirtschaftspläne 2006,

und hier zu 6.2.1 bis 6.2.5:

**Wirtschaftsplan 2006 und Veränderungsnachweis zum Wirtschaftsplan von
LVR InfoKom**

– Vorlage Nr. 12/1193/1 –

**Wirtschaftsplanentwürfe 2006 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen
2006 der Rheinischen Kliniken**

– Vorlage Nr. 12/1240 –

Wirtschaftsplanentwurf 2006 des Servicebetriebes Viersen

– Vorlage Nr. 12/1241 –

Wirtschaftsplanentwurf 2006 der Krankenhauszentralwäschereien

– Vorlage Nr. 12/1164/1 –

Entwurf der Wirtschaftspläne 2006 der HPH-Netze Niederrhein, Mittelrhein-Ost und Mittelrhein-West

– Vorlage Nr. 12/1122/2 –

Es handelt sich hierbei um die Wirtschaftsplanentwürfe 2006 mit ihren jeweiligen Einzelplänen. Alle Vorlagen sind bekannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Punkten 6.2.1 bis 6.2.5 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann haben wir die Wirtschaftsplanentwürfe einstimmig so **beschlossen**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

Fragen und Antworten

liegen nicht vor.

Ich danke Ihnen sehr herzlich und schließe die Sitzung.

(Allgemeiner Beifall)

(Schluss: 12.10 Uhr)